

Sozialpolitisches Forum 2008

in Niederkaufungen, 5. bis 7. Sept. 2008

TOP 1: Vortrag Rolf Schwendter: Was ist kritische Sozialarbeit und was nicht? Ungekürzter Vortragstext 1
TOP 2: Publikation „Geschichte der Zukunft“ von Rolf Schwendter 5
TOP 3: Die Erwerbslosenbewegung zwischen Regelsatz und Grundeinkommen	
• Hinrich Grams (BAGSHI): Stand der Existenzgelddiskussion 6
• Anne Alex: (Wegeweiserin in sozialpolitischen Landschaften) 10
Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung 15
• Edgar Schuh (Aktionsbündnis Sozialprozesse) Hartz IV - vorsätzliche Kürzung bei Schulkindern 22
TOP 4: Offener Raum:	
• Tribunal des Erwerbslosenbeirat MV (Christian Kröpke) www.elp-mv.de 26
• Gesundheitsakademie (Eberhard Göpel) Aufruf zur Mitwirkung beim Netzwerk GIA (Gesundheitsförderung im Alltag für ALLE) www.gesundheits.de 37
• Masterstudiengang Gemeinwesenentwicklung und Soziale Ökonomie (Marga Mitterhuber) www.macd.fh.edu 42
• Verfolgte im Nationalsozialismus (Anne Alex)- kein Mensch ist asozial 44
• Zukunftswerkstatt Jena (Annette Schlemm www.zw-jena.de) 45
• SPAK-Verlag (Waldemar Schindowski) www.agspak-buecher.de 46
Verankerung des Verlags in der AG SPAK, Vorstellung des Verlagsansatzes heute,	
• Büro für soziale Erfindungen (Heinrich Haussmann) Nürnberg stellt sechs Projekte vor. 46
• Küstenakademie (Wolf-Dieter Klein) Projekt Neue Chance, Tagung in Goerde, Weserkahn Franzius 46
TOP 5: Beitragen statt Tauschen (Christian Siefkes) 47
Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software	
TOP 6: Ekoll und MV der Sozialpolitischen Geschichte 49
TOP 7: Besichtigung der Kommune Niederkaufungen 49
Kurz-Protokoll der Tagung 50

Rolf Schwendter

Was ist kritische Sozialarbeit und was nicht?

Heft 100 im Laufe der _ Jahrzehnte ist selbstredend eine stolze Leistung, daher beginne ich damit, Euch im Namen der AG SPAK hierzu herzlich zu gratulieren: Sehr hoffe ich, dass die WIDERSPRÜCHE auch noch das Heft 200 erleben werden.

Das Thema ist in den vergangenen 25 Jahren keineswegs einfacher geworden. Um es nahezu schon paradox zu formulieren: Nichts von dem, was die WIDERSPRÜCHE seit ihrer Gründung konstituiert haben, ist ungültig geworden - nur haben sich die Rahmenbedingungen hierfür erheblich verschlechtert. Und dies fortlaufend: der „Ordnungswandel“ (so nennen es die Ungarn) in Mittel- und Osteuropa, der ungebremste Akkumulationsprozess weltweiten Kapitals, die weiterhin besinnungslose Anpassung der Staatsapparate an diesen, die diesen Regelkreis unterstützenden Einsparungen auf der Ebene jeglicher Gebietskörperschaften, entsprechend die Individualisierungen so gut wie aller denkbaren Problemlösungen (nach dem Motto: „Jeder für sich und der Weltmarkt gegen alle“), und die achselzuckende Akzeptanz der massenweisen Existenz von „Verlieren“, haben sich auch für die Konstituierung kritischer Sozialarbeit ungünstig ausgewirkt. Der bekannte Marx'sche Satz, die Ideen hätten sich noch immer blamiert, wo das Interesse ein von diesen verschiedenes gewesen sei, scheint auch den großen Teil kritischer Sozialarbeit ereilt zu haben.

Wenn die WIDERSPRÜCHE vor ca. 25 Jahren als wesentliche Grundlegungen kritischer Sozialarbeit Grundsicherung und Produzierendensozialpolitik genannt haben (den dritten Punkt habe ich, wohl nicht zufällig, zwischenzeitlich vergessen), so ist dem nach wie vor nichts hinzuzufügen, was diesen an Substanz gleichkäme.

Fragen der Grundsicherung haben in diesem Vierteljahrhundert auch im Zentrum der Arbeit der AG SPAK gestanden: von der Abgleichung aller nur denkbaren Modelle bis hin zur Diskussion der Bedingungen der Möglichkeit einer ansatzweisen Umsetzung. Dies halte ich nach wie vor für einen erstrebenswerten Diskurs, und erst recht gilt dies für die Intentionen der AG SPAK, zumal in der Forderung nach einer Grundsicherung, die diesen Namen verdient, die Lage aller aktuellen und potenziellen Armutsbevölkerungen konvergiert. Nur: „Die Verhältnisse, sie sind nicht so“ (Brecht). Der Trick der Regierenden bestand (und besteht) darin, die Vereinheitlichung von Arbeitslosenhilfe und großen Teilen der Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II einfach zur Grundsicherung zu deklarieren, auch wenn dieses hinten und vorne nicht hinreicht. Ein weiteres Engagement hierbei wäre ein Eckpfeiler kritischer Sozialarbeit - auch wenn abzusehen ist, dass ersteres in den nächsten Jahren weithin folgenlos bleiben dürfte.

Ein nicht unerhebliches Detail der allmählichen Verelendung von Armutsbevölkerungen besteht im zunehmenden Hunger, nein nicht in der Dritten Welt, sondern in der (osteuropäisch angereicherten) Ersten. Und nicht (oder doch nicht nur) in einem metaphorischen Sinne, sondern in einem ganz materiellen: dass in Deutschland bereits eine Million Kinder an Hunger leiden, scheint zwischenzeitlich zu den gesicherten Tatsachen zu zählen. (Umso perverser, dass nahezu gleichzeitig das große Lamento ansetzt, dass in Deutschland zu wenig Kinder geboren werden. Sollen vielleicht zwei Millionen hungern?). Adorno, dem zu Unrecht ein utopiegegerisches Denken nachgesagt worden war, hat in den „Minima Moralia“ dazu for-

muliert, zart wäre einzig das Größte, dass niemand hungern müsse. Und bei diesem Größten sind wir zwischenzeitlich wieder angelangt. Auch hier zählte ein entschiedenes Engagement dagegen zu den Prärogativen kritischer Sozialarbeit. (Auch wenn mir durchaus bewusst ist, dass Engagement eher eine existenzphilosophische denn sozialistische Kategorie ist. Doch ginge ohnehin diese Kategorie hier Hand in Hand mit dem Erfordernis der Parteilichkeit, die zwar, naheliegenderweise, in feministischen Projektkonzeptionen häufig enthalten ist, indes in Konzeptionen anderer Paradigmen mehr und mehr sich ausgedünnt hat). Zumal der Hunger, im Lichte an Gesundheit orientierter Vorstellungen, verschiedene Varianten anzunehmen imstande ist: So hat die ungarische Soziologin Zsazsa Ferge nachgewiesen, dass die „Schmalzbrotarmut“ in Ungarn bereits 30 Prozent der Bevölkerung umfasst (im Klartext: Menschen da nur deshalb nicht hungern, weil sie ihre Nahrung so gut wie ausschließlich aus Schmalzbroteten besteht). Auch der Umstand, dass der Speisezettel von Sozialhilfeempfangenden, neuerdings Hartz IV-Abhängigen, zu einem großen Teil aus Schokoriegeln, Maschinenkeksen und Dosenfutter besteht, verdankt sich einer dieser Varianten.

Vor 30, 35, 40 Jahren (ich erinnere mich noch gut an die damaligen Diskussionen) war die Frage, inwieweit die Metapher der „Wohltätigkeit“, der karitativen Haltungen, der erstrebten Politisierung von Sozialarbeit entgegenstünde. Diskussionen dieser Art werden heute, um es mit der nötigen Dezenz auszudrücken, nur noch selten geführt. Und dies nicht nur aus ideellen Gründen, sondern auch aus den naheliegenden materiellen Interessen der Armutsbevölkerungen. Zwar war bereits 1970 in der ersten Nummer der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes“ von der Sozialstaatsillusion die Rede (in einem Aufsatz von Müller und Neusüss) - was indes seither folgte, war nicht der grundsätzliche gesamtgesellschaftliche Wandel, sondern eine allmählich fortschreitende Verelendung auch von gesellschaftlichen Gruppen, die sich dies nicht hätten träumen lassen. Verifiziert ist bislang nur die schleichende Erosion des Sozialstaats. Folglich wird den Betroffenen eine (ohnehin marginale) Wohltätigkeit angenehm, um ihre verelendete Lage zu mildern.

So wird medial immer wieder auf das Projekt „Arche“ hingewiesen, das ein evangelischer Pfarrer in Hellersdorf-Mahrzahn im Osten Berlins gegründet hat und aufrechterhält. Immerhin ermöglicht dieses Projekt mit Hilfe unbezahlter Freiwilliger wenigstens, alles in allem, etwa tausend Kindern einmal täglich etwas zu essen zukommen zu lassen (also die knapp bereits merkbare Summe von einem Promille der Gesamtheit hungernder Kinder in Deutschland). Auf einer ähnlichen Linie liegen die bundesweit entstandenen „Tafeln“ (im Falle meines deutschen Wohnorts beispielsweise der „Kasseler Tafel“): Bei Kaufhäusern, Supermärkten etc. werden Kochgüter eingesammelt, die dann in regelmäßigen Abständen zu festgelegten Zeiten an in Listen aufgezählte Armen kostenfrei verteilt werden. In Zeiten, wie diesen, ist die Entwicklung unschwer zu prognostizieren: festzustellen ist ebenso ein allmähliches Absinken der Naturalspenden (wiewohl es sich hierbei oft um Güter knapp vor Ablauf des offiziellen Haltbarkeitsdatums handelt) wie ein Ansteigen jener Armen, die in die Listen hineinkommen möchten. Dies hat fatale Konsequenzen. Zum einen werden die festgelegten Zeiten immer weitmaschiger (die „Kasseler Tafel“ z.B. begann mit Kochgüterverteilungen zweimal die Woche; sie ist zwischenzeitlich bei einem vierzehntägigen Verteilungsmodus angelangt), zum anderen steigt die Konkurrenz der Armutsbevölkerungen um das knappe Gut unentgeltliche Lebensmittelzuteilung. Moralisieren hilft da wenig. Wie ich bereits publiziert habe, teilte mir eine (erwachsene) Gewährsperson mit, drei Tage in der Woche esse

sie von den Erträgen der Sozialhilfe, zwei Tage von den Zuteilungen der „Kasseler Tafel“, zwei Tage pflege sie zu hungern. Kritische Sozialarbeit bestünde in diesem Kontext in der theoretisch-praktischen Durchdringung, die Situation beständig zu analysieren und (auch in aussichtslos scheinender Lage) die entsprechenden politischen Forderungen zu erheben, und gleichzeitig aber pragmatisch alle Initiativen zu vernetzen, die punktuell zu helfen geeignet sind.

Dies führt uns zur zweiten traditionellen Grundnorm der WIDERSPRÜCHE, der Produzierendensozialpolitik, welcher ja auch in gewisser Weise „Arche“ Hellersdorf-Marzahn und „Kasseler Tafel“ zuzurechnen sind. Beinahe unübersichtlich ist Anzahl und Ausmaß jener mehr oder weniger alternativer Einrichtungen, immer mal auch informeller Gruppen, die teils selbst organisiert, teils unter sozialarbeiterischer Anleitung, ihre soziale Situation zu produzieren und reproduzieren sich anschicken. Genossenschaften und Tauschringe, Jugendklubs und Senioreninitiativen, Fan-Klubs und Box-Camps, Ein-Punkt-Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen, attac-Ortsverbände und Tagungszentren, Frauenhäuser und feministische Krisentelefone, Betroffenen selbstorganisationen und betriebliche Aktivgruppen, Kulturvereine und studentische Basisgruppen, Patientenklubs und solche Kindertagesstätten, die weder kommunal noch konfessionell organisiert sind - ich habe im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte Hunderte von diesen kommen und gehen gesehen, und nicht allzu wenige dieser sind auch geblieben. Die Probleme und Dilemmata solcher (und ähnlicher - obige Aufzählung ist rein beispielhaft) Einheiten sind dem Grundsatz nach überhistorische (wenn auch bekanntlich in historischen Wellenbewegungen erfolgende) und neigen indes dazu, sich mit der permanenten Verschlechterung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung zu verschlimmern. Viele der Verluste an Gruppen und Einrichtungen der Produzierendensozialpolitik sind dem schlichten Umstand zuzuschreiben, dass die Umverteilung staatlicher Revenuen stark abgenommen hat, dass Mittel gestrichen worden sind, und nach wie vor gestrichen werden, oder dass bürokratische Anforderungen so gesteigert worden sind, dass gerade die genannten Gruppierungen tendenziell von der Mittelvergabe ausgeschlossen werden („Qualitätssicherung“, EU-Förderungen).

Der Rekurs auf den Markt ist zwar denkbar (und oft genug auch machbar), betrifft jedoch jene Armutsbevölkerungen, die die Adressaten kritischer und unkritischer Sozialarbeit zu sein pflegen, wenn überhaupt, dann sehr am Rande (Beispiele dafür aus wohlhabenden Klassenströmungen wären alternative Krabbelgruppen, Frei Schulen, Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften). Die privat umverteilten Revenuen nehmen (durchschnittlich betrachtet) in langfristigen Wirtschaftskrisen in einem ähnlichen Maß ab, wie die staatlich umverteilten Revenuen, zumal dieser Prozess durch den Wegfall von Arbeitsplätzen, die Verminderung mittelständischer Klassenströmungen etc. noch beschleunigt wird. (So stagniert, um die Empirie auch zu Wort kommen zu lassen, das Spendenaufkommen seit vielen Jahren.) Verlässlich wird folglich Produzierendensozialpolitik nur in einer Kombination aus bleibender langfristiger staatlicher Finanzierung, spendenfähigen Zielgruppen und unbezahlten Aktiven, die ihre Einkünfte aus jeweils anderen Sphären beziehen. Schließlich: das Verhältnis zwischen noch so kritischen Sozialarbeitenden und ihrer Klientel war schon seit je prekär, ob es sich nun um unbezahlte Wuppertaler Bürgerfrauen oder um BAT-finanzierte Diplom-Absolventen gehandelt hat. Diese Kluft verstärkt sich, wenn nun zum einen die berufliche Lage der Sozialarbeitenden als ähnlich unsicher sich erweist, wie die ihrer Klientinnen und Klienten, und zum anderen die Einkommensschere sich immer weiter öffnet. „Da ist der allerärmste

Mann/dem andern viel zu reich" (Ferdinand Raimund). Da ist kritische Sozialarbeit in Verlegenheit, und möglicherweise war sie es seit eh und je. (Eine Aussage, die fraglos gleichermaßen für Hochschullehrende zutrifft). Am ehesten scheint sich eine gemäßigt konsum-asketische Haltung zu bewähren (also ungefähr das genaue Gegenteil dessen, was gesamtgesellschaftlich als „conspicuous consumption" - Konsumieren, um gesehen zu werden - gültig zu sein scheint) - aber dies als allgemeine Norm zu konstituieren, wäre wohl nicht weniger prekär, als die skizzierte Entwicklung selbst.

Rolf Schwendter, Hasnerstr. 6/33, A-1160 Wien

WIDERSPRÜCHE. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildung-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 100, 26. Jg. 2006, Nr. 2, S.19-23

„Geschichte der Zukunft“ von Rolf Schwendter

Entstanden in den Heidelberger Jahren, aus der Freundschaft mit Robert Jungk und anderen Zukunftsforschern, ggf. auch als Habilitation angedacht. Zukunftsforschung betont die Prognose sehr ... Wiederlektüre der Marxschen Theoriebildung ... Niederschrift umfasste 800 Seite (war inhaltlich etwa 1/3), **Zur Geschichte der Zukunft** (vor 1914 – erschien 1982 bei Syndikat) + **Zeitgeschichte der Zukunft** (nach 1914 bis 1970 – erschien 1984). Verbunden mit den langen Wellen der Konjunktur, d.h. bestimmte Utopien entstehen z.B. immer in auf- oder absteigenden Zyklen. Ab 1981 mit dem 3. Band **Zur Struktur der Zukunft** begonnen. Manuskript wurde in den Jahren fertiggestellt und ist bislang nicht publiziert. Die beiden weiteren Bände sollten noch geschrieben werden **Zu den Klassen der Zukunft**. Hierzu gibt es bereits einen größeren Teil, vielleicht kann Rolf diesen Band noch fertig stellen. Es sind mindestens 300 verschiedene Klassenströmungen zu unterscheiden, wie soll bei einer derartigen Differenzierung solidarisches Handeln möglich sein. Wahrscheinlich nicht mehr folgt der Band **Staat – Weltmarkt – Realsozialismus**.

BAG-SHI: Unsere Position zu Regelsatz und Existenzgeld

von [Hinrich Garms](#) — Zuletzt verändert: 06.09.2007 16:37

Beschluss der BAG-SHI zu Regelsatz und Existenzgeld auf dem Bundestreffen am 20.5.2007 in Osnabrück

1. Präambel

Seit vielen Jahren diskutieren wir, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI), über den Themenkomplex Regelsatz in der Sozialhilfe und im Arbeitslosengeld II und über das Existenzgeld-Modell der BAG-SHI. Zuletzt wurde dieses 1998 verabschiedet und festgehalten im Buch „Existenzgeld für Alle“, veröffentlicht im Jahre 2000.

Worüber wir uns einig sind, ist die Ablehnung der „Hartz-Gesetze“ I bis IV seit ihrem Bestehen, die die Situation der Erwerbslosen und Armen nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Worüber wir solidarisch diskutieren, ist der Weg aus dem Jammertal dieser unwürdigen Gesetze.

Hartz IV lief an, nachdem seit 1996 in einem neuen Schritt auch die Sozialversicherungssysteme, d.h. die Arbeitslosenversicherung, Rentenversicherung, Krankenversicherung, durch so genannte Reformen bis zur Unkenntlichkeit entstellt worden waren.^[1] Bestimmte Personengruppen, z.B. Frauen, MitgrantInnen und Obdachlose, waren hieraus schon immer ausgegrenzt oder mussten zusätzliche Barrieren überwinden, um am Sozialversicherungssystem teilzuhaben. Teilweise, vor allem bei Frauen, funktionierte es nur durch das Argument, dass sie zwar nicht „auf Arbeit“, aber „in der Familie“ etwas „leisten“. Der Prozess der Zerschlagung der Sozialversicherungen lief nach der Einführung von „Hartz IV“ weiter.

Mit Hartz IV wurde ehemaligen Sozialhilfe-BezieherInnen die formale Teilnahme an der Krankenversicherung ermöglicht. Was nützt aber die formale Aufnahme von (längst nicht allen!) Hartz-IV-BezieherInnen in die Krankenversicherung, wenn gleichzeitig durch Praxisgebühr und Kosten für Zahnersatz gesundheitliche Versorgung unerschwinglich wird?

Gleichzeitig ist heute festzustellen, dass nicht wie bei der letzten „Gesundheitsreform“ oder „Rentenreform“, eine Verschlechterung der sozialen und gesundheitlichen Stellung der Einzelnen in der Sozialversicherung eintreten darf, sondern eine wirkliche Reform bei Krankheit und Pflege und im Alter notwendig ist. Diese muss die Versorgung aller Menschen, auch und gerade die Ärmsten in der Gesellschaft, umfassen und darf keinesfalls neuen Zugangsbarrieren aufbauen. Wie diese Sozialversicherungen aussehen sollen, dazu bedarf es weiterer Diskussionen.

Die staatliche Daseinsvorsorge – seien es die Versorgung mit Grundgütern wie Strom und Wasser, Mobilitätsmitteln, kulturellen und sozialen Gütern, öffentlichem Wohnungsbau oder sei es das Bildungssystem – ist zur gleichen Zeit durch Privatisierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene in einen zweifelhaften kapital- und profitorientierten Wirtschaftskreislauf einbezogen worden.

Wir - die Ärmsten in der Gesellschaft -, haben ein massives Interesse an funktionsfähigen, preiswerten, demokratisch gestalteten und qualitativ gut ausgestatteten öffentlichen Dienstleistungen und an Daseinsvorsorge - von der Kindertagesstätte über das Schulsystem bis hin zum öffentlichen

Nahverkehr. Deshalb stehen unsere Forderungen in Verbindung zu unterschiedlichen Auseinandersetzungen gegen Privatisierungen.

Die BAG-SHI ihrerseits wird neben ihrer praktischen Arbeit seit längerer Zeit aber auch von BündnispartnerInnen und im sozialpolitischen Raum mit der Existenzgeldforderung von 1998 identifiziert.

Gleichzeitig wurde und wird sie immer auch als Organisation gesehen, die mit pragmatischen Schritten zur Verbesserung der Situation der Erwerbslosen und Armen beiträgt, sei es bei Demonstrationen auf der Straße oder in der Nationalen Armutskonferenz (NAK). Der Zusammenschluss mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbsloseninitiativen (BAG-E) sollte diese unsere Position im gesellschaftlichen Diskurs festigen.

Was also tun?

Unsere Forderungen in diesem Bereich gliedern sich 2007, zweieinhalb Jahre nach der Einführung von Hartz-IV, kurzgefasst in zwei Teile: Erstens eine spürbare Regelsatzerhöhung und zweitens das Existenzgeld.

2. Regelsatzerhöhung in den Systemen Sozialgesetzbuch (SGB) II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) und SGB XII (Sozialhilfe und Grundsicherung im Alter)

Wir wissen, dass ein Regelsatz von 347,00 Euro pro Monat oder weniger, wie er in diesen Systemen gilt, nicht ausreichend ist. Wir wissen auch, dass die Bemessung des Regelsatzes durch die Bundesregierung fehlerhaft ist. Dies wurde u.a. von Wissenschaftlern wie Dr. Rudolf Martens und Prof. Rainer Roth nachgewiesen.

Daraus folgt für uns, dass in einem ersten Schritt der Regelsatz auf mindestens 500,00 Euro pro Monat erhöht werden muss, um dann in einem zweiten gesellschaftlichen Schritt in Richtung Existenzgeld zu gehen.

Darüber hinaus muss es einen eigenständigen Kinderregelsatz geben, der diese Bezeichnung auch verdient.

Wir treten auch dafür ein, dass besondere Bedarfe in der Armut, die aus verschiedenen besonderen Benachteiligungen entspringen, besonders bezahlt werden, wie dies in Einzelfällen auch jetzt schon vor Gericht erkämpft wurde.

Wir treten weiterhin für die volle Erstattung der warmen Brutto-Wohnkosten ein.

Mit einer Erhöhung des Regelsatzes, vor allem aber mit einem Grundeinkommen sind allerdings noch weitere Forderungen an das bestehende SGB II verbunden:

So darf es ***keinen verdeckten oder offenen Zwang zur Arbeit*** geben und es dürfen keine Repression mit der Arbeitsaufnahme verbunden sein. Denn wir wissen, dass kein Mensch zu sinnvoller Arbeit, sei sie entlohnt oder „ehrenamtlich“, gezwungen werden muss. Im Gegenteil: Insbesondere die Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit als gleichberechtigt neben der Lohnarbeit sollte gesellschaftlich gewährleistet sein und somit der Druck von den Individuen genommen werden. Jeder Zwang führt zu Reibungsverlusten und sollte durch ***die Möglichkeit zu Arbeiten*** ersetzt werden. In keinem Modell – sei

es Regelsatz oder Existenzgeld – wird im Übrigen die Arbeitsvermittlung nach SGB III und II außer Kraft gesetzt, so dass, wer arbeiten will, auch vermittelt werden muss.

Schon jetzt sollte aber im SGB II die Konstruktion der Bedarfsgemeinschaften so schnell wie möglich beseitigt werden, denn sie schafft gegenüber dem früheren System neue, nicht hinnehmbare Abhängigkeiten von Frauen gegenüber Männern, von Jugendlichen gegenüber ihren Eltern und andere mehr.

Bei einem regelsatzgestützten System ist eine Bedürftigkeitsprüfung systemimmanent, und so werden PolitikerInnen immer wieder auf die Idee kommen, eine – bestenfalls „weiche“ – Prüfung einzubauen, so z.B. die Zumutbarkeitsregeln bei Arbeitsaufnahme zu ändern.

Außerdem wird bei einer Erhöhung des Regelsatzes auf 500,00 Euro leider nur das absolute Minimum zum Überleben bezahlt werden, eine sozio-kulturelle Teilhabe ist dadurch nicht gewährleistet. Ein generelles Zur-Verfügung-Stellen auf dem Arbeitsmarkt der Erwerbslosen wird dadurch nicht aufgehoben. Deswegen ist die Diskussion über ein Existenzgeld dringend notwendig.

3. Existenzgeld ist der darauf folgende Schritt

1. Ein Existenzgeld, das die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum sichert, steht allen Personen, die dauerhaft in der BRD leben, unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus, in gleicher Höhe zu, *ohne Unterhaltspflicht, ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Arbeitszwang*.[\[2\]](#)
2. Das Existenzgeld ist ein Grundeinkommen, festgesetzt auf 800 Euro monatlich plus dem Betrag für die gesetzliche Krankenversicherung und wird dynamisiert. Das Existenzgeld ist unpfändbar.
3. Zusätzlich zum Existenzgeld werden die tatsächlichen Wohnkosten inklusive warmer Betriebskosten übernommen. Dabei ist jedoch der jeweilige Mietspiegel sowie die angemessene Wohnungsgröße zu berücksichtigen. So wird die Übernahme der Wohnkosten auf den ortsüblichen Durchschnittswert begrenzt.
4. Bedarfe, die sich aus besonderen Lebenslagen ergeben (z.B. Krankheit, Behinderung usw.), werden vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) gedeckt.
5. Der Individual-Anspruch auf das volle Existenzgeld für jedes Mitglied einer Lebensgemeinschaft entschärft finanzielle Abhängigkeitsverhältnisse, bewirkt insofern einen emanzipatorischen Effekt, verhindert Kinderarmut und beinhaltet das Recht auf eigenständige Absicherung von Geburt an.
6. Das Existenzgeld ist unsere Antwort auf die Verknappung von existenzsichernder und sinnvoller Erwerbsarbeit, die ohne Arbeitszwang und unabhängig von der Verwertung der Arbeitskraft konzipiert ist.
7. Das Existenzgeld ist ein Mittel, die Diskriminierung, Disziplinierung und Spaltung unterer Einkommenschichten aufzuheben und untrennbar verknüpft mit dem Anspruch auf Erwerbsarbeit und gesetzlich garantierten Mindeststundenlohn.
8. Das Existenzgeld ersetzt zunächst ALG II, den Regelsatz in der Sozialhilfe, die insgesamt diskriminierende Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes, Kindergeld, Elterngeld und BAföG.
9. Das Existenzgeld ist bundesfinanziert durch:
 - a) den bisherigen Teil des Steueraufkommens für soziale Transferleistungen
 - b) die zukünftige zweckgebundene Existenzgeld-Abgabe von 50% ("Take- half") auf Nettoeinkommen jeglicher Art und Höhe. Einzelne Steuerarten sind einzuführen bzw. neu fest zu setzen, z.B.: Spekulationsgewinnsteuer, Kapitalexporthsteuer,

Erbschaftssteuer usw.

10. Das Existenzgeld ist ein Instrument der gerechten Verteilung des Reichtums und der Abschaffung der Armut. Es ermöglicht für alle Menschen ein hohes Maß an Solidarität. Dies birgt zwar die Hoffnung auf eine zukünftige internationale Politik gegen Ausbeutung, Diskriminierung und ökologischen Raubbau. Die Diskussion hier und heute muss sich jedoch auf unsere nationalen und europäischen Gegebenheiten beschränken, gleichzeitig aber den internationalen Charakter des Existenzgeldes betonen.

Als wir zum ersten Mal im Jahre 1997 über das Existenzgeld diskutierten, war das Warenkorbprinzip der Berechnung der damaligen Sozialhilfe schon abgeschafft. Aber einige erinnerten sich noch an dieses Prinzip. Es gibt viele Gründe, die für eine Rückkehr zu einem betroffenenfreundlichen Warenkorbprinzip bzw. zu einem Bedarfssäulenprinzip sprechen. Somit entwickeln wir jetzt folgendes Modell:

1a. Ernährung und Dinge des täglichen Bedarfs	300 Euro
1b. Energie	50 Euro
2a. Soziales	130 Euro
2b. Urlaub	75 Euro
2c. Mobilität	65 Euro
3a. Bekleidung	80 Euro
3b. Instandhaltung von Wohnraum, Möbel etc.	60 Euro
4. Krankenbedarf	30 Euro
5. Kontengebühren	10 Euro
Summe	800 Euro

+ Krankenversicherung + Brutto-Warmmiete inkl. Nebenkosten

4. Schlussbemerkung:

In vielen lokalen, regionalen und bundesweiten Bündnissen in der letzten Zeit haben wir diese unsere Position vertreten, sei es zum Beispiel in der Vorbereitung der Demonstration am 3. Juni 2006, zur DGB-Demonstration am 21. Oktober 2006 oder in der Kampagne gegen Kinderarmut.

Wenn wir dort den Zusammenhang zwischen Regelsatzerhöhung und Existenzgeld immer wieder herstellen, haben wir gute Chancen, als BAG-SHI über die internen Diskussionen hinaus öffentlich Gehör zu finden.

Osnabrück, 20. Mai 2007

[1] Die Pflege- und Unfallversicherung sind hier nicht erwähnt, weil sie in dem genannten Zyklus keine Veränderungen erfahren haben, aber auch hier drohen weitere „Reformen“.

[2] Nicht gemeint sind hierbei Unterhaltsansprüche nach dem BGB, sondern Verpflichtungen, die sich aus der Anwendung des SGB II ergeben.

Zur Geschichte der Zukunft: Regelsätze und Existenzgeld.

Was mache ich?

Ich bin Wegeweiserin in sozialpolitischen Landschaften und arbeite freiberuflich. Konkret biete ich Schulungen für Erwerbslose zu verschiedenen Sozialgesetzbüchern an, vor allem zum Sozialgesetzbuch II, im Volksmund Hartz IV. Ehrenamtlich widme ich mich der politischen Erwerbsarbeit und publiziere seit 1992 zu allen damit in Verbindung stehenden Themen hauptsächlich in der unabhängigen bundesweiten Arbeitslosenzeitung quer und im express- Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem gebe ich eigene Broschüren heraus, z.B. „Licht und Heizung bleiben an – auch bei wenig Geld“.

Wie kam ich zur Erwerbslosenarbeit?

Ich war Ende September 1990 bei meiner Entlassung als Hochschullehrerin und außerplanmäßige Aspirantin krankgeschrieben und musste mich schleunigst um meinen Lebensunterhalt kümmern. Die Krankenversicherung war zu diesem Zeitpunkt in Berlin noch nicht installiert. Ich habe als erstes das Bundessozialhilfegesetz gelesen, dann das Arbeitsförderungsgesetz und ließ mich sofort gesund schreiben und habe Arbeitslosengeld beantragt. Dann suchte ich die zuständige Gewerkschaft auf wegen Unterstützung als Erwerbslose. Das Angebot war gleich Null. Ich bin deshalb 1990 zum Bündnis kritischer GewerkschafterInnen Ost West im Haus der Demokratie an der Friedrichstraße/ Ecke Französische Straße gegangen, habe später einen Vortrag zu Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften gehalten. Allein habe ich einen wissenschaftlichen Fragebogen zu „Gewerkschaften und Arbeitslosen“ an alle Gewerkschaften Berlins verschickt, um mir ein Bild von der Lage der gewerkschaftlichen Erwerbslosenarbeit zu machen. Bei der ÖTV, GEW und IG Chemie stieß ich auf offene Ohren, die HBV hat mich dann gleich zur ehrenamtlichen Arbeit überredet, da inzwischen eine hauptamtliche Sekretärin aus dem Osten für Erwerbslose eingestellt worden war. Die politische Interessenvertretung für Erwerbslose in der HBV stand am Anfang.

Mein Anliegen war und ist es, für die politischen Interessen der Erwerbslosen zu streiten. Erstmals haben wir mit verschiedenen MitstreiterInnen um Voraussetzungen gekämpft, dass Erwerbslose überhaupt Mitglied einer Gewerkschaft werden konnten. Außer bei der ÖTV war das damals nirgends möglich, erst dann ab 1995. Ich habe seit Veröffentlichung meiner kleinen wissenschaftlichen Analyse aus dem Fragebogen dann recht rasch über Hinrich Garms etliche westdeutsche MitstreiterInnen der Erwerbslosenszene kennengelernt.

Was ist meine Motivation? Was ist mein Antrieb? Welche Hoffnung verbinde ich damit?

M.E. sind Erwerbslose ganz „normale“ ArbeiterInnen und Angestellte – nur ohne Job. Statt flächendeckender Ignoranz und Hetze gegen sie, ist Respekt erforderlich und statt mitleidigen Almosenangeboten solidarische Unterstützung durch Erwerbstätige. Gegenseitiges Verständnis auszubilden dafür, dass Erwerbstätige und Erwerbslose eigentlich gleiche Interessen haben – die nach Arbeit und nach Lohn, das treibt mich an und motiviert mich zum Weitermachen. Eine der Voraussetzungen dazu ist es, dass sich Erwerbslose erstmal untereinander einig darüber werden, was sie wollen und sie dann zur einer Arbeitslosenorganisation, die wie offen oder geschlossen auch immer gestaltet sein mag, wie z.B. die Piqueteros oder wie die wöchentlichen Arbeitslosendemonstrationen 1931 – 1933 in Berlin in Erscheinung treten und für ihre Interessen kämpfen, Nur über solchen Weg ist es m.E. möglich, Schritt für Schritt mit den Erwerbstätigen in das Gespräch kommen. Immer wieder individuell neu muss die Voraussetzung geschaffen werden, dass Erwerbslose verstehen lernen, dass ihr jeweils individuelles Schicksal, die Unsicherheit ihrer eignen sozialen Existenz exakt genauso so ist wie die Unsicherheit der sozialen Existenz aller anderen Erwerbslosen und Erwerbstätigen, dass sie die gleichen objektiven Interessen haben – nämlich die Erwerbsarbeit zum Lohn, um zu leben. Meine Hoffnung sind gemeinsame Kämpfe und die Entwicklung gemeinsamen Widerstandes gegen Ausbeutung, Unterdrückung; Enteignung und

Verfolgung.

Wie entstand der Runde Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung?

Der Runde Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung hatte sich 1998 aus dem Erfordernis der Vertretung auf der europäischen Ebene zusammengefunden. Er verfolgte das Anliegen, dass sich größere bundesweite bzw. regionale Erwerbslosenverbände, -gruppen bzw. -ausschüsse mit Hilfe des Erfahrungsaustausches über die politische Situation verständigen, sich überlegen, ob es Ansatzpunkte für gemeinsame Aktionen gibt oder sie sich bei thematischen Kampagnen gegenseitig unterstützen können. Zu ersten Überlegungen gehörte eine gemeinsame Geschäftsstelle, die wegen finanzieller Gründe nicht zustande kam.

Die Erwerbslosenverbände, -gruppen bzw. -ausschüsse arbeiten teils unabhängig, teils eng mit Parteien oder Gewerkschaften zusammen. Sie sind entweder Top Down organisiert aus einer gemeinsamen Motivation und Sozialisation heraus, als Personengruppe bzw. -gremium einer großen Organisation, sie kamen zustande als Verbund unabhängiger Initiativen in Ländern und Kommunen oder durch eine gemeinsame Aktionsart. (**Folie RTEA**) Die unterschiedliche Anbindung, Genese und Sozialisation verursachen bezüglich der Lageeinschätzungen dessen, was zu tun oder zu fordern ist, häufig unterschiedliche Schlußfolgerungen, obwohl die Kritiken der politischen und sozialen Lage gleich sind. So existieren z.B. zu den Themen „Arbeitszwang“ und der eigenen Positionserhaltung zugunsten der eigenen Struktur unterschiedliche Auffassungen. Ebenso gibt es aus Gründen der Genese und der Sozialisation der Organisationen und ihrer Akteure erwachsene leistungsgesellschaftliche Positionierungen zum Arbeitsethos und der Rolle der Erwerbsarbeit für die Individuen und die Gesellschaft. Dies führt zu unterschiedliche Herangehen in der taktischen und strategischen Zielstellung der gemeinsamen Arbeit. So sind z.B. der Arbeitslosenverband Deutschland e.V. und die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen eher Gruppierungen mit einem **arbeitszentrierten** Standpunkt und in einer Schwerpunktforderung nach Erwerbsarbeit. Bei anderen Gruppierungen z.B. aus der BAG SHI steht nach deren gesellschaftlicher Analyse der realen Kräfteverhältnisse und dem eigenen Erleben von Erwerbsarbeit eher die Forderung nach einer ausreichenden Existenzsicherung verbunden mit der Forderung einer generellen Verminderung der Arbeitszeit im Vordergrund tief verbunden mit einer grundlegenden Ablehnung jeglichen Arbeitszwangs.

Wie hat sich der Runde Tisch ESA entwickelt ?

Aus dieser schwierigen Gemengelage heraus ist das Experiment des Runden Tisches ESA gescheitert. Es gab zwar immer Gemeinsamkeiten in der Ablehnung der Agenda 2010. Wegen der unterschiedlichen politischen Schlußfolgerungen gelang nicht, in einem vorwärtsgewandten Sinne gemeinsame hinreichende politische Forderungen und praktische Aktionen miteinander zu entwickeln bzw. zu vereinbaren. Ebenfalls gibt es keine einheitliche politische Vertretung der deutschen Erwerbslosen in Europa. Wegen der Einstellung von Fördermitteln für Landes- und Regionalkoordinatoren im Saarland, in Niedersachsen und Hamburg, dem Job des sächsischen Vertreters sowie dem Mandatsentzug der VertreterInnen der ver.di-LEAs aus Baden Württemberg, Hessen und NRW kommen nur noch wenige zu den Treffen. Die Zusammenarbeit mit der KOS und dem Euromarsch verlaufen projektgebunden. „Nur“ noch der KOA, die Bundesbetroffeneninitiative freier Wohnungsloseninitiativen, hin und wieder die BAG SHI, zwei KollegInnen aus Freiburg, Frankfurt und Berlin besuchen die Treffen und bemühen sich um den Zusammenhalt. Alle Verbände treffen sich aber auf deutschen Sozialforen, beim DGB oder bei Parteien von den anderen Organisationen. Es gibt immer wieder Absichts- oder Unterstützungsbekundungen dahingehend, dass der Runde Tisch ESA bestehen bleiben muss. Zwischen den Treffen gibt es eMail-Verkehr und Telefonate zu den Inhalten der Treffen, organisatorischen Sachen und themenspezifischer Arbeit.

Die Schwerpunktsetzung auf Aktionen, Demonstrationen von allen Erwerbslosennetzwerken ist rückgängig. Ursache dessen sind die Erfahrungen der letzten zwei Jahre, wo im Vergleich zu den Montagsdemonstrationen im Jahr 2004 immer weniger Erwerbslose an solchen bundesweiten, landesweiten, regionalen oder städtischen Formen teilgenommen haben. Die Gründe sind vorwiegend materieller Natur: kein Geld für Mobilität und Essen, Residenzpflicht, Krankheit, aber

auch psychologischer Natur: Zermürbung, Wut und Hoffnungslosigkeit, schlechte Erfahrungen mit dem Eintreten von Gewerkschaften und Parteien für ihre Situation, Verfolgung durch Ämter und teilweise Verfassungsschutz. Objektive Gründe sind der Mangel an für alle akzeptablen gemeinsamen, ausreichend hohen politischen Forderungen, für die es sich zu streiten lohnt und keine Einigkeit besteht zwischen Theorie und Aktion. In dieser Situation halten sich Teile der Erwerbslosenbewegung eher bei Gewerkschaften auf oder finden in diesen Strukturen nach ihrer Ansicht Schutz oder es werden intrigente, nicht nachvollziehbare Grabenkämpfe gegeneinander geführt. Es gibt keine gemeinsame Medienarbeit. Wegen der Uneinigkeit in den Zielen existieren auch keine gemeinsamen Aktionstage mehr.

Was macht der Runde Tisch ESA?

Der Runde Tisch ESA hat bisher versucht, eine Koordination zu schaffen und Erfahrungen auszutauschen. Inhaltliche Punkte der Zusammenarbeit sind das Existenzgeld, das BGE, die Regelsatzerhöhung, die Kampagne gegen Kinderarmut und „Wohnen und Hartz IV“.

Der Runde Tisch ESA hat seit 2003 z.B. fünf internationale Treffen zum Existenzgeld mitorganisiert, dar. in Berlin, Barcelona, Wien, Hamburg, Basel, eine Fachkonferenz „Wohnen und Sozialgesetzgebung“ und auf den Sozialforen in Erfurt und Cottbus integrierende Workshops für alle Erwerbslosenzusammenhänge angeboten. Leider sind die neuen Erwerbslosengruppierungen kaum auf diese Angebote eingegangen.

Der Runde Tisch ESA versuchte, gemeinsame politische Aktivitäten anzuregen, z.B. „Alle auf die Straße gegen die Abschaffung der ALHI!“ (2002), Politische Forderungen wie BGE, Allg. gesetzl. Mindestlohn, AZV, ... (2003/2004), „Für ein Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit“ 2005, „Tribunale gegen Armut und Elend“ (2005), „Zur Lösung der Wohnungsfrage bei Bedürftigen“ (2006), „Keine Macht für G8“ (2007), „Für Wohnbudget und Sozialtarif“ (2008). Das gelang mehr oder weniger intensiv.

Vor allem engagierten sich seine aktivsten Mitglieder seit dem Jahr 2004 für ein bedingungsloses Grundeinkommen und haben die Netzwerkgründung initiiert, die Treffen in Berlin; Wien, Basel tatkräftig unterstützt und die Idee des BGE in kritischer Debatte mit in die Breite gebracht. Sie haben auf den bundesweiten Sozialforen in Erfurt und Cottbus, Workshops für alle Gruppierungen der Erwerbslosenbewegung angeboten und Diskussionen über das „Wie weiter“ angeregt. Aktuell hat der Runde Tisch ESA ein erstes Arbeitstreffen von Initiativen angeregt, die Mitglieder der BAG SHI in Insolvenz sind, um eine erste Verständigung über die weitere Arbeit zu ermöglichen.

4. Wie ist die politische Lage und wie entwickelt sich die soziale Lage?

Derzeit erleben wir ein Wachstum der Armut in der Breite der Gesellschaft und eine scharfe gesellschaftliche Ausgrenzung von Armen. Die soziale Situation von Bedürftigen und NiedriglöhnerInnen wird kaum thematisiert, wenn ja als **folkloristisches Gedöns** (Die Inis machen dies und das in der taz) oder als **skandalträchtige Sachverhalte** („Die kaufen nichts Frisches ein“, „Die beschießen das Jobcenter“, „Die essen ungesund.“ Die haben keine Durchsetzungskraft gegenüber ihren Kindern“. Seit 2006 wird ihr Verhalten von BILD, Berliner Kurier als **gesellschaftlich zu ächtender Fakt** kriminalisiert (Rabeln, Kinder in vermüllten Wohnungen, Jugendamt greift ein, kriminelle Ausländer, Geld und Auto vorm Amt verschwiegen, **Hart, aber fair**, Sozialfahnder-Soap bei Sat.1: **Halali auf Hartz-IV-Betrüger...**).

Damit einher geht die weitere Einschränkung der sozialpolitischen Leistungen durch den Staat, z.B. die Einschränkungen im SGB III und SGB II seit 2006, das Erlassen von Gesetzen und Richtlinien, die zum Ziel haben, die Hartz IV-Bevölkerung zu verringern. Z.B. das ruckweise Überschwemmen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen seit August 2008, die Einkommensschwache aus dem Hartz IV-Bezug herauslösen sollen. Dazu gehören ausländerrechtliche Maßnahmen, z.B. die März-Richtlinie Berlins, dass Jugendliche, die den Hauptschulabschluss nicht schaffen, abgeschoben werden können. Ein anderes Beispiel ist die Wohngeldnovelle, die Bedürftige zu Lasten der Verdienenden in WGs aus dem Hartz IV-Bezug katapultieren soll. Weiterhin muss der Kinderzuschlag Beachtung geschenkt werden, die Familien aus dem Hartz IV-Bezug

entfernt und der geplanten massiven Kindergelderhöhung, die Alleinerziehende mit Kindern aus dem Hartz IV-Bezug entfernt sowie gegenwärtige Landes-, Bundes- und EU-Programme, mit deren Hilfe ABM oder Arbeitsgelegenheiten zur Entgeltvariate massenhaft Leute aus Hartz IV heraus in gut qualifizierte, aber schlecht entlohnte Arbeiten im Niedriglohnsektor einführt. Gegenwärtig zeichnet sich diese Entwicklung mit zirka 7 Millionen Menschen in Hartz IV noch nicht ab. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass etliche bisherige Hartz IV-BezieherInnen bereits in Niedriglohnjobs oder in die 58er Regelung oder in Armutsrenten eingemündet sind.

Nur zur Erinnerung: Die AGENDA 2010 hat die Abwicklung der Sozialversicherungen zum Ziel. Die gesetzliche Rentenversicherung ist für die Jahrgänge ab 1968 faktisch abgeschafft, die gesetzliche Krankenversicherung wird zur Belastung der Versicherten umgebaut und die Arbeitslosenversicherung samt BA durch schnelle Beitragssatzsenkungen abgebaut. Die Frage ist, was dann kommt. Ewig verschoben soll nun ab 2011 auch die BRD für die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit mit Osteuropa geöffnet werden. Im Jahr 2012 wird der Elektronische Einkommenssteuernachweis ELENA eingeführt. Ab 2012 sollen Sozialleistungen nur noch per Internet beantragbar sein. Wer das nicht kann, ist schlecht dran. Das hemmt den Zugang zu etwaigen Sozialleistungen enorm. Darüberhinaus werden alle Einkommen auf ELENA lebenslang erfasst. Neben der Arbeitslosen-Vita, der Meldeamtsvita, der Wohnungsamts-Vita und der Gesundheits-Vita über die Krankenkassenkarte gibt es dann auch noch die Einkommens-Vita. Keine Utopie scheint deshalb meine Hypothese, dass das jetzige System von Grundeinkommensleistungen auf eine steuerlich basierte Sozialleistung wie die negative Einkommenssteuer (auch Bürgergeld genannt) umgestellt wird. Grundlage dessen ist die Erfassung der monatlichen positiven Einkünfte auf der ELENA-Karte. Dieses System hieße, dass jede/r bei Strafe seines Untergangs zu irgendeiner Erwerbstätigkeit gezwungen ist, es sei den er/sie hat ausreichend hohe Erwerbseinkommen, Renten oder Vermögen zum Selbstbehalt. Die Fragestellung, die daraus für eine Erwerbslosenbewegung und heute vor seinen AktivistInnen steht, welche Aufgaben und Aktionsformen ihnen in einer solchen Konstellation erwachsen. Ich meine, dass neben ganz klaren hohe politische Forderungen und Schwerpunktsetzungen die Aktionsformen sehr kommunaler Natur sein müssen und auf die konkreten Verbesserungen der sozialen Lage abzielen müssen.

5. Welche Perspektiven hat die Erwerbslosenbewegung und wie kann sie wirkungsvoll sein?

In diesem Kontext sehe ich das Existenzgeld in der in der von BAG SHI und anderen geforderten Höhe als wichtigste Forderung an. Denn „Nicht die Sozialhilfe ist zu hoch, sondern die Löhne sind zu niedrig“! wie Britta Brenner aus Oldenburg bereits 1995 bei einem Workshop der HBV-Erwerbslosen meinte. Wenn es bald keine Rechtsgrundlage mehr gibt, die eine Regelleistung bestimmt, brauchen wir auch nicht an der Regelleistung drehen. Vor diesem politischen Hintergrund und der Tatsache, dass die Bundesregierung natürlich nicht bereit ist, die Regelleistung zu erhöhen, sondern seit spätestens seit Dezember 2006 sich die CDU/ CSU und die FDP mit der SPD einig über die steuerliche Lösung über die Negativsteuer sind sehe ich alle Bemühungen um die Regelleistung als umsonst an. Wichtiger wäre es, zu gucken, welche Bestimmungen des steuerlichen Existenzminimums in den Existenzminimaberichten des Bundes von Bundeseinrichtungen verlangt werden und wie Bundeseinrichtungen darauf reagieren einerseits und andererseits ein genaueres Augenmerk auf die Entwicklung des steuerlichen wie des soziokulturellen Existenzminimums zu legen. Zumindest das steuerfreie Existenzminimum sinkt seit etlichen Jahren Stück für Stück bei leicht steigendem Einkommenssteuersatz. Auf dieser Grundlage werden immer mehr kleine Erwerbseinkommen u.a. auch die Renteneinkommen zur Steuer veranlagt.

Um einen gesetzlichen allgemeinen Mindestlohn von der Höhe her korrekt definieren zu können, muss deshalb erst einmal geschaut werden, wo das steuerfreie Existenzminimum liegt, überlegt werden, was wir für eine Höhe für ein individuell unabhängiges Leben für dieses Existenzminimum ansetzen müssen und wie hoch demzufolge ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn sein muss. Denn die Höhe des steuerlichen Existenzminimums bestimmt künftig die Höhe der negativen

Einkommenssteuer sowie den Korridor des steuerfreien Hinzuverdienstes. Die Höhe des von uns verlangten Existenzgeldes hat deshalb bereits heute eine **wichtige Lokomotivfunktion** bei der Bestimmung des Existenzminimums sowie als **Sockel** und **Scharnier zu den Löhnen**. Es ist die eigentliche Grundlage der Lohnkämpfe.

Unter den vorhin geschilderten politischen Voraussetzungen und sozialtechnischen Veränderung ist eine Neuorientierung der Gewerkschaften und aller Erwerbslosengruppen unerlässlich. Es muss vor allem argumentativ versucht werden, die Individualpositionen und die individuellen Schuldzuschreibungen an ihrer Lage bei Erwerbslosen und Erwerbstätigen aufzubrechen, um ein kollektives Bewußtsein dafür zu entwickeln, dass ihre soziale Situation eine allgemeine Lage ist, die durch die neoklassische Wirtschaftspolitik und ihre Instrumente, also Energiepolitik, Kriege und Inflation verursacht werden.

Wirkungsvoll kann dann die Bewegung von Erwerbslosen nur sein, wenn die solidarischen Beziehungen im Wohnhaus, im Kiez und in der Stadt beginnen und durch ein informelles Beziehungsnetz die Verständigung zu gemeinsamen Mindestpositionen gesucht und gefunden wird.
Anne allex

Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und soziale Ausgrenzung¹

1. Geschichte
2. Organisationen
3. Gründungszwecke
4. Prinzipien
5. Aktivitäten



Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen e.V.



Förderverein gewerkschaftliche
Arbeitslosenarbeit e.V.

Webseite www.pariser-kommune.de

¹ Zusammenstellung von Anne Alex

1 Geschichte

Seit 1995 gab es erste Überlegungen zur Zusammenarbeit von Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen.

Eine kleine Gruppe sollte einen Strukturvorschlag zum Zusammengehen Erwerbsloser in Deutschland machen. Sie erarbeiteten einen Satzungsentwurf. Ihr Vorschlag war: Gründung eines „Vereins zur Förderung des Zusammenschlusses der Erwerbslosen Deutschland“ mit dem Ziel, „die gewerkschaftlichen, kirchlichen und autonomen Erwerbsloseninitiativen zur gemeinsamen Interessenvertretung zusammenzuführen, deren gemeinsame Interessen zu propagieren und eine Lobby für Erwerbslose zu gewinnen.“

Zunächst bildete sich ein Aktionsbündnis „Aufstehn gegen Sozialleistungskürzungen“ mit der BAG Erwerbslose, der BAG Soziale Brennpunkte, dem Arbeitslosenverband Deutschland und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitsloseninitiativen. Im Herbst 1997 wurde eine Kampagne gegen Kombilohn durchgeführt. 1998 standen die Jagoda-Tage im Vordergrund, die im Vorfeld der Bundestagswahl auch die Interessen der SozialhilfebezieherInnen in der Öffentlichkeit darstellten. Das Aktionsbündnis kooperierte mit der Abteilung Sozialpolitik der Vorstandsverwaltung der IG Metall zu den Themen Niedriglohn, Arbeitszwang und Sozialhilfe. Wichtig war die Gestaltung der Tagung „Arbeiten für'n Appel ohne Ei.“

Der G7-Gipfel 1999 in Köln gab dem Impuls für einen bundesweiten Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen. Die Initiativen und Gruppen der Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden arbeiten zum Teil bereits seit Beginn der 80er Jahre miteinander zusammen. Ein wichtiger Anlass für diesen Zusammenschluss war u.a. die Erkenntnis (zum Beispiel beim Gipfel in Köln), dass es nicht geregelt ist, wer die Bundesrepublik auf europäischer Ebene vertritt, sondern die Vertretung eher zufällig ist. Im Februar 2000 trafen sich Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen auf Landes- und Bundesebene zur Gründung des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen.

Im Jahr 2000 einigten sich die Gruppen und Verbände, im Juni eine bundesweite Arbeitskonferenz in Bielefeld zum Thema „Gegen Arbeitszwang und Billigjobs – für ein existenzsicherndes Einkommen“ durchzuführen. Das Interesse an der Konferenz war so groß, dass nach Anmeldestand die Konferenz mit dem doppelten der TeilnehmerInnen hätte durchgeführt werden können.

2 Organisationen

Am Runden Tisch arbeiten mit:

- Arbeitslosenverband Deutschland (ALV) e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) e.V.
- Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung
- Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen/ Koordinierungsausschuss gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen
- Erwerbslosenbeirat Mecklenburg-Vorpommern
- Thüringer Arbeitsloseninitiative
- Kooperationsverbund der Arbeitslosenarbeit Westfalen-Lippe
- Infostelle Rheinland, Initiative zur Vernetzung linker GewerkschafterInnen
- Landeskoordinationen von Erwerbslosengruppen und –initiativen (früher: z. B. verdi - Landesbezirkserwerbslosenausschüsse Hessen, Bremen/ Niedersachsen, Baden-Württemberg)
- Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen BBI e.V. (seit 2006)
- bundesweite, unabhängige Erwerbslosenzeitung quer
- Aktionsbündnis gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Ausgrenzung in Bremen
- LAG der Arbeitslosenzentren und-projekte in Sachsen-Anhalt

3 Gründungszwecke

- europäische Vertretung
- gegenseitige Information über Kampagnen, Aktionstage, Aktionen
- gemeinsame Beratung politischer Entwicklungen für Erwerbslose
- Abstimmung zu den Initiativen und Gesetzesvorhaben der Bundesregierung
- Austausch zur sozialen Situation der Erwerbslosen in den einzelnen Regionen
- Vermittlung von Erfahrungen zum Verwaltungsvollzug der Ämter
- Information über Kooperationen mit anderen Gruppierungen, z.B. kritische GewerkschafterInnen, Labournet, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, Wohnungslosenorganisationen, Mieterorganisationen
- kollektive Zusammenarbeit bei Beratungsstrategien
- gemeinsame politische Aufrufe
- Versuche der Bildung politischer Plattformen zu grundlegenden Einzelthemen wie Arbeitszwang, Existenzgeld, Mindestlohn, gegen Billigjobs

4 Prinzipien

- Politische Intervention
- Gemeinsame Aktion und
- parteiliche Beratung
- Unterstützung von Aktionen anderer Erwerbslosenzusammenhänge

5 Aktivitäten

- ThemenEU-Grundrechtecharta, EU-Beschäftigungs- und Sozialpolitik
- 2000Vorstellung der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte
- Vermittlungspraxis der Arbeitsämter
- Lohnkostenzuschüsse für Zeitarbeitsfirmen
- Grundsätze und Erfahrungen der Leiharbeit
- Nationaler Aktionspläne gegen soziale Ausgrenzung
- veränderte ABM-Ostförderung wegen neuer Förderrichtlinien des ESF
- Zusammenarbeit mit der Stiftung „Menschenwürde und Arbeitswelt“

2001²

- Seminar zum Thema „Pauschalierung“ in Oldenburg
- Planung einer Konferenz
- Befassung mit den Plänen der Bundesregierung zur Arbeitslosenhilfe

2002

- 1.-3.3.2002 Dresdener Konferenz „Strategien gegen Armut und Ausgrenzung in Deutschland“
- Protestaktion „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe“ bei der Schröder-Rede auf dem DGB-Kongress im Mai 2002
- Aktionstag im Juni 2002 am Tag der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen vom Vormonat
- Mobilisierung zur Demonstration von DGB-Jugend/ attac und
- 14.9.2002 Kundgebung in Köln mit ver.di Bundeserwerbslosenausschuss mit Friedhelm Hengsbach, Daniel Kreutz, Anne Eberle, Erika Biehn

2003

- Verständigung zu Aktionen, z.B. am 17.5.2003 zu den Hartz-Vorschlägen, zu aktuellen Gesetzen ab 2002, Agenda 2010, Ergebnissen der AG Soziales der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen
- Flugblatt „Alle auf die Straße gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe“
- Pressekonferenz mit Labournet Germany u. BdWi gegen die Agenda 2010 und für gemeinsamen Widerstand gegen die Privatisierung sozialer Errungenschaften (30.6.2003) Berlin
- Initiative zu bundesweiter Demo (16.8. 2003) Hannover
- Aufruf zur Demo (1.11.2003) Berlin
- Demonstration (1.11.2003) in Berlin mit Rede von H.Rein, R. Roth
- Lesung zur Agenda 2010 für Erwerbslose in der Berliner Stadtbibliothek (1.11.2003)
- Unterstützung/ Durchführung von Aktionskonferenzen (23.11.2003), (30.11.2003), (13.12.2003)

2004

- Ab 2004 protestierten wir mit vielen anderen Organisationen und Netzwerken gegen Hartz IV. Es gab verschiedene Versuche des Zusammenfindens von linken und bürgerlich-linken Kräften zu gemeinsamen politischen Aktionen und zur strategischen Zusammenarbeit.
- Aktionskonferenz mit attac und gewerkschaftlichen Initiativen (17./ 18.1.2004) in Frankfurt am Main mit Rede von A. Allex
- Demonstrationen gegen Krieg und Sozialkahlschlag in 99 Städten der BRD (20.3.2006)
- Aufruf und Beteiligung am Europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau bei Gewerkschaftsdemos in Berlin-Köln- Stuttgart (3.4.2004)
- 3 Workshops „Bedingungsloses Grundeinkommen (15.5.2004), Perspektivenkongress von ver.di, attac und 30 anderen Organisationen
- Organisation/ Ausgestaltung der dortmunder Konferenz „Die Kosten rebellieren“/Mitbegründung der Aktion Agenturschluss am 24.6.2004
- Mitbegründung des Netzwerk Grundeinkommen am 09.07.2004 mit spanischem Besuch Aufruf „Grundrechte gelten für alle!“ (Aug. 2004)
- Ko-Kreis Montagsdemo (Aug. 2004)
- Aufruf zu dem Montagsdemonstrationen Berlin (15.08.2004). ARD-Tagesthemen
- Teilnahme am 2. internationalen Existenzgeldkongress in Barcelona (4.9.2004), BALADRE
- Demo der sozialen Initiativen (2.10.2004)

2 Die Angaben der Gründungszwecke und Aktivitäten von 2001 – 2003 sind dem Folienvortrag von E. Biehn von 2006 entnommen.

- Klausur des Runden Tisches in Hannover (2.,3.,4.10.2004)
- Teilnahme/ Rede auf der vom Nürnberger Sozialforum organisierten Demo (6.11.2004)

2005

Der Analyse der veränderten Kampfbedingungen, der Entwicklung eines längerfristigen politischen Widerstandes sowie der Diskussion eines inhaltlich-strategischen Programms widmeten wir uns im Jahr 2005. In diesem Sinne würdigt unser Impulspapier 2005 „Weg mit Hartz IV, Für das Recht auf Existenzsicherung mit und ohne Arbeit!“ die Anstrengungen der Erwerbslosenbewegung zum Erhalt selbsthilfeeorientierter Beratungsangebote. 2005 haben wir uns hauptsächlich mit juristischem Widerstand, der Unterstützung aller Aktivitäten und Aktionen gegen Hartz IV sowie der Bildungsarbeit zu den Sozialgesetzbüchern I, II, X und XII befasst. Wir haben die öffentliche Skandalisierung von „Ein-Euro-Jobs“ mit antifaschistischen, autonomen, internationalistischen, globalisierungskritischem etc. Gruppen unterstützt. Wir begleiteten die Bildung neuer lokaler Initiativen und Kampagnen, brachten sie qualifikatorisch voran sowie motivierten sie politisch:

- Unterstützung der Selbstorganisation neuer Initiativen
- Beginn der Kooperation mit anderen Erwerbslosennetzwerken
- Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen BBI e.V. hinzugewonnen
- Unterstützung mit Räumen von der BAG Schuldnerberatung und PDS in Kassel
- viele Vorträge zu BGE und Mindestlohn
- Kampagnenaufruf „Rechtsmittel gegen ALG II-Bescheide“
- Aktion Agenturschluss (03.01.2005) in 89 Städten bundesweit
- Broschüre „Nach den Sternen greifen“ Diskussion zu einem bedingungslosen Grundeinkommen“
- Konferenz „Arbeitsdienst – wieder salonfähig!“ (25.6.2005) in Berlin mit Broschüre,
- 3 Workshops zu „Bilanz und Perspektiven der bundesweiten Erwerbslosenbewegung“ auf dem Erfurter Sozialforum im Juli 2005
- Unterstützung/ Organisation dezentraler Aktionstag gegen Hartz IV (5. 9. 2005)
- Teilnahme an der wissenschaftlichen Konferenz in Wien „Grundeinkommen. In Freiheit tätig sein“ (7.-9. Oktober 2005)
- Mitorganisation und Autorenschaft am Schwarzbuch Hartz IV (Januar 2006)

2006

Das Jahr 2006 stand im Spiegel der politischen Bewertung von Hartz IV und den Verschlechterungen der Bedingungen für Erwerbslose im Arbeitslosengeld I, die Forcierung der Beratungs- und Selbsthilfeaktivitäten, der Bildung von Erwerbslosenparlamenten, der Umstellung von Beratungsstellen auf ehrenamtliche Basis sowie der Entwicklung politischer Proteste gemeinsam mit der Interventionistischen Linken, dem Netzwerk Dissent, dem Bündnis für eine revolutionäre Perspektive, der kritischen GewerkschafterInnen, verschiedenen gewerkschaftlichen Gliederungen sowie neu gebildeten Aktionsbündnissen. In vielen Städten wurden lokale Kollektive gegen Zwangsumzüge und Nottelphone gebildet. Die Selbstorganisation lastete überwiegend auf den Schultern von sehr wenig Leuten. Schwierig wirkt sich die Vogel-Strauss-Haltung etlicher Gewerkschaften und vieler Beschäftigter aus. Wir informierten in Kenntnis der Entwürfe zum ersten Änderungsgesetz des SGB II die Bevölkerung im Vorab über den „Leinenzwang für Jugendliche“ und zum Fortentwicklungsgesetz zur Beweislastumkehr und zu Prüfdiensten und organisierten folgendes:

- Aufrufe zu Tribunalen gegen Armut und Elend im März und April 2006 (6 Tribunale bzw. ähnliche Veranstaltungen u.a. in Erfurt, Berlin, Freiburg, Marburg, Nürnberg)
- Soziale Aktionstage, z. B. (28.4.2006) Berlin, Kassel, (12.10.2006) Baden-Württemberg
- Auftakt zur Mitwirkung an der bundesweiten Kampagne gegen Zwangsumzüge 20.3.2006 (Berlin), 18.5.2006 (Bochum), 26.6.2006 (Köln), mehrere Termine Freiburg
- Internationale Versammlung „Die Kosten rebellieren II“, 3. internationaler Existenzgeldkongress mit internationalen Seminaren zum bedingungslosen Grundeinkommen (29./30.4.2006), Hamburg
- bundesweite Demonstration des ABSP (3.6.2006) in Berlin
- bundesweite Verständigung zu „Grundeinkommen“, „Prekarität“, „Selbstorganisation“, „aktionsfähiger Einflussnahme auf das Gesetz“ (Juni 2006)
- Workshop "Erwerbslose in Bewegung" im Camp Insky mit dem Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern, dem Euromarsch, der Aktion Agenturschluss u.a. (August 2006), (Steinhagen bei Wismar)

- Flugblatt "Gegen Armut, Abhängigkeit und soziale Ausgrenzung, für ein selbstbestimmtes Leben mit individuellen Rechtsansprüchen" (18.7.2006)
- Kongress „Soziale Sicherheit“ (September 2006)
- Unterstützung des Sternmarsches (16.9.2006), Berlin
- Organisation von Aktionen zum sowie Teilnahme an den Gewerkschaftsdemos (21.10.2006), München, Stuttgart, Wiesbaden, Berlin, Dortmund
- Teilnahme von MitstreiterInnen der lokalen Erwerbsloseninitiativen und gewerkschaftlichen Erwerbslosenausschüsse am Filmfestival der Kampagne "Die Gesellschafter" an Podiumsdiskussionen zum Film "Des Wahnsinns letzter Schrei" auf Einladung der Berliner Kampagne gegen Hartz IV u. zusammen mit „Kampagne gegen Zwangsumzüge“
- Unterstützung der Anti-G8-Gipelaktivitäten und der Initiativen von Euromärschen und Arbeitslosenverband Mecklenburg-Vorpommern und weiteren BündnispartnerInnen

2007

- Treffen (06.02.2007), (03.04.2007) Kassel (reguläre Sitzungen), Klausur Runder Tisch ESA (21.-22.07.2007) Offenburg, (02./03.6.2007) Rostock-Heiligendamm (Anti G8-Proteste), am 18.09.2007 in Kassel (reguläre Sitzung), deutschsprachiges Treffen zum bedingungslosen Grundeinkommen (05.-07.10.2007), Basel, Sozialforum (19.-20.10.2007), Cottbus und reguläre Sitzung (04.12.2007), Kassel

Vernetzungs-, Werbungs- und Verbreiterungsversuche:

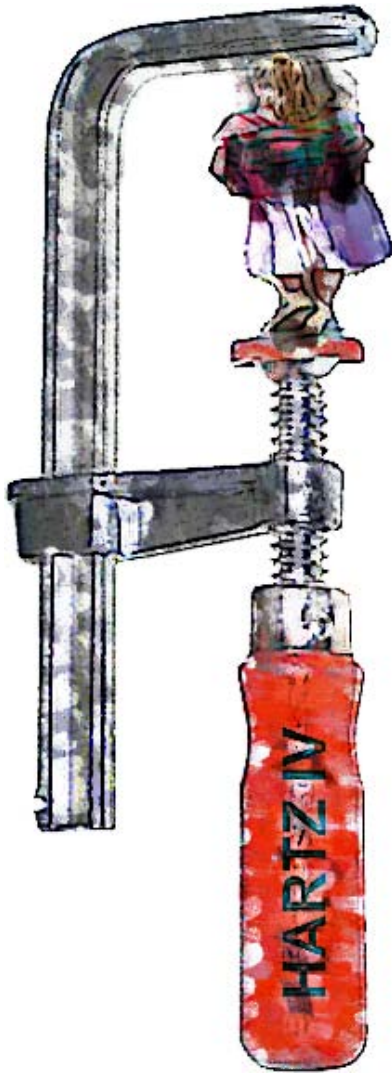
- Aufruf zur Teilnahme an den Podiumsdiskussionen nach den Filmveranstaltungen von Aktion Mensch zum Film „Des Wahnsinns letzter Schrei“ (rund 19 Veranstaltungen mit uns bekannten Erwerbslosen in Jena, Erfurt, Weimar, Leipzig, Iserlohn, Fulda, Frankfurt, Berlin, Freiburg, Hamburg, Offenburg, Karlsruhe, Bremen, Köln, Bamberg, Dortmund, Kassel, Stuttgart, Konstanz)
- Sozialforum Bremen führte im Frühjahr 2007 ihr Tribunal gegen Armut und Elend durch diverse Vernetzungstreffen bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, der Linksfraktion im Bundestag, dem DGB-Vorstand, beim Aktionsbündnis Sozialproteste u.a. mit unseren Mitgliedern abwechselnd besucht und gemeinsame Aktivitäten beraten und bspw. die Demonstrationen von anderen bundesweiten Erwerbslosenzusammenhängen vom ABSP (3.6.2007) und vom Bündnis Montagsdemo (18.09.2007), Berlin unterstützt.
- Unterstützung der Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung und der Interventionistischen Linken mit eignen Workshops die Aktivitäten gegen den G8-Gipfel in Rostock vor Ort,
- Aufnahme von Kontakten zu den internationalen Habitants-Gruppen wegen der immer unsicherer werdenden Wohnungslage von Hartz IV-Beziehenden.
- Erweiterung der internationalen Beziehungen in die Schweiz, Österreich, Spanien auf dem deutschsprachigen Kongress in Basel (6.-7.10.2007).
- Drei Diskussionsveranstaltungen im Zielona Gora, in der Lunte und beim Aktionstag „Recht auf Wohnen“ vor der Fahrt nach Basel (3.-5.10.2007) mit spanischen Gast (Berlin),
- Aktive Bemühungen um ein Zusammenrücken der bundesweiten Zusammenhänge der Erwerbslosen mit einem Aufruf zu gemeinsamen Workshops auf dem Erfurter Sozialforum mit leider keinen konkreten Auswirkungen und Absprachen für eine gemeinsame politische Arbeit. Gründe liegen vor allem in der unterschiedlichen politischen Ausrichtung bzw. Qualifikation der Netzwerke. Themen sind dabei Sinn oder Unsinn, Reichweite politischer Forderungen, Zusammengehen/ Verquickung mit Parteien, Aktionsausrichtung, zeitliche und ressourcenseitige Überforderung der einzelnen ErwerbslosenaktivistInnen usw.
- Inhaltliche Arbeit an der Verbreiterung der Position des Existenzgeldes z.B. die Buchtexte für „Existenzgeld reloaded“ geschrieben, diskutiert, redigiert, das Existenzgeld in Veranstaltungen vorgestellt und internationalen Austausch zum Thema betrieben. Die Existenzgeld-Debatten haben wir unter dem Blickwinkel der Menschenrechten geführt und näher die soziale Situation der Armen in der Schweiz sowie die sozialpolitischen Absichten der Regierung kennengelernt.

- Befassung mit der Frage der Wohnungssituation der Alg II und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit Beziehenden
- Buch „Wohnst du noch oder haust du schon?“ von A. Alex von der Kampagne gegen Zwangsumzüge beim Fachhochschulverlag in Frankfurt am Main
- Kontaktaufnahme zur internationalen Wohnrechtsbewegung
- Verschaffung eines Überblicks über die Wohnsituation Bedürftiger in Offenburg und Umgebung
- Durchführung eines Workshops zum Thema „Wohnen und Hartz IV“ in Cottbus
- Organisation einer bundesweiten Konferenz für 2008 zum Thema „Recht auf Wohnen und Sozialgesetzgebung“

2008

- Teilnahme an dem aktuellen Veranstaltungen der Veranstaltungsreihe „Asozial“ Gedenken und Erinnerung an die Opfer der Aktion „Arbeits scheu Reich“ 26.01.1938, (15.-17.02.2008), Berlin
- Durchführung einer bundesweiten Konferenz für 2008 zum Thema „Recht auf Wohnen und Sozialgesetzgebung“ (29.-31.05.2008), Bochum
- Durchführung eines Treffens zum Thema: „Wie weiter mit der BAG SHI und der Erwerbslosenbewegung nach der Insolvenz“? (19.08.2008), Kassel
- Buchveröffentlichung „Existenzgeld reloaded“, Vorstellung auf den linken Buchtagen (04./05.07.2008), Berlin
- Teilnahme am Treffen des bundesweiten Netzwerkes Grundeinkommen, (05.07.2008), Hannover
- Aufruf zum Aktionstag „Recht auf Wohnen“ mit Flugblatt „Für Wohnbudget und Sozialtarif“
- Vorbereitung/ Organisation eines mehrtägigen internationalen Arbeitstreffen zur Sozialpolitik und sozialpolitischen Leistungen in der Europäischen Union am Beispiel der Länder Österreich, Schweiz, Spanien, Deutschland (21.-26.10.2008), Berlin
- Teilnahme am europaweiten Kongress des Netzwerkes Grundeinkommen (24.-26.10.2008), Berlin

Hartz IV – vorsätzliche Kürzungen bei Schulkindern!



Schluss mit dem empörenden Zustand, Kinder für ihr Wachstum und ihren Schulbesuch zu bestrafen

In Deutschland lebt jedes sechste Kind von Hartz IV.

Was sagt die Bundesregierung? *"Die Bundesregierung hat es zu ihren vordringlichen Zielen erhoben,... die individuelle Förderung jedes einzelnen Kindes zum Herzstück einer neuen Bildungspolitik zu erklären."* (1)

Wie setzt sie das um ?

- ◆ Mit Einführung von Hartz IV wurden die Regelsätze für Schulkinder bis 14 auf das Niveau von Säuglingen gekürzt. Vor Hartz IV waren sie rd. 20% höher. Die Bundesregierung geht damit zurück in die Zeit von Weimar und des Faschismus, in der sogar der Bedarf von Kindern bis 16 mit dem von Säuglingen gleichgesetzt wurde. (2) Schulkosten sind im Hartz IV-Regelsatz nicht enthalten.
- ◆ Die Regelsätze für Jugendliche zwischen 14 und 17 wurden auf das Niveau von Haushaltsangehörigen ab 18 gekürzt. Vor Hartz IV waren sie über 12% höher.

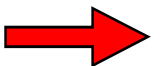
Schulkinder unter 14 bekamen vor Hartz IV höhere Regelsätze, weil sie größer sind, ein höheres Gewicht haben und sich mehr bewegen als Vorschulkinder. Sie verbrauchen deshalb immerhin zwei Drittel mehr Kilokalorien.

Jugendliche zwischen 14 und 17 bekamen vor Hartz IV höhere Regelsätze, weil sie ebenfalls noch wachsen und einen höheren Bewegungsbedarf haben. Deshalb brauchen sie mehr Kilokalorien als Erwachsene.

Hartz IV entzieht etwa 1,4 Millionen Kindern zwischen 7 und 17, die in Armut leben, erhebliche Mittel für Essen und Trinken. Sollen Kinder nicht mehr wachsen oder sich bewegen dürfen?

(1) Nationaler Aktionsplan für ein kindergerechtes Deutschland 2005-2010, Juni 2006, 11
(2) zuletzt in §3 Runderlass des Reichsarbeitsministeriums vom 31.10.1941

Bitte wenden



Weitere Informationen zur Kampagne, die Broschüre " 'Fördern' durch Kürzen " und den letzten Stand der UnterstützerInnen finden Sie auf unserer Website

www.kinderarmut-durch-hartz4.de

Welche Gründe führt die Bundesregierung für die Senkung der Regelsätze an?

"(Damit) werden die Leistungen für Familien gerechter verteilt." (3)

Wieso ist es ungerecht, dass Kinder wachsen und deshalb mehr essen müssen?

Und das Bundesministerium für Arbeit und Soziales:

"Die Einteilung der Altersklassen 'bis unter 14 Jahre' ... entspricht international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren." (4)

Seit wann ist es wissenschaftlich, den Wachstumsbedarf von Kindern abzustreiten?

Die Kürzung der Regelsätze der Kinder von 7 bis 17 muss zurückgenommen werden ! Und zwar sofort!

◆ Regelsatz für Schulkinder von 7 bis 13 Jahren 253 € statt 211 €

Sie müssen wieder einen Regelsatz bekommen, der 20% höher ist als der von Säuglingen.

◆ Regelsatz von 14 bis 17-jährigen 316 € statt 281 €

Sie müssen wieder 90% des Eckregelsatzes von 351 Euro bekommen statt 80%.

Schluss mit dem empörenden Zustand, Kinder für ihr Wachstum und ihren Schulbesuch zu bestrafen!

Wir halten ferner daran fest :

Alle Regelsätze, auch die für Erwachsene, sind viel zu niedrig und müssen deutlich erhöht werden!

Unterzeichner:

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP), Arbeitslosenverband Deutschland (ALV), Attac AG ArbeitFairTeilen, Attac AG Soziale Sicherungssysteme, Erwerbslosen Forum Deutschland, Euromarsch Deutschland, GEW Hessen, Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (IVG), internationale sozialistische linke (isl), Klartext e.V., Landesarbeitsgemeinschaft Arbeitslosentreffs und -zentren in Baden Württemberg, LAG Soziales DIE LINKE. Hessen, Erwerbslosenzeitung quer, Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB), Tacheles e.V., Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. (VVN-BdA Baden Württemberg)

Attac Attac AG "Arbeit in Würde", Gruppen vor Ort: Aachen, Bonn, Regionalgruppe Gütersloh, Hellweg (Lippstadt), München, Reutlingen, Stuttgart; **DGB Ortsverbände:** Mörfelden-Walldorf, Mühlheim (Main), Wolfskehlen (Riedstadt); Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe im DGB Bonn/Rhein-Sieg, Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe Göttingen (GALG), **DIE LINKE. Kreisverbände:** Aschaffenburg und Untermain, Coesfeld, Dachau, Darmstadt, Düren, Düsseldorf, Elbe-Elster, Erzgebirge, Goslar, Herford, Northeim, St. Wendel, Straubing, Vogtland - Plauen; **DIE LINKE. Ortsverbände:** Geislingen, Haltern am See, Kevelaer, Kirkel (Saarland), Solling, Treenetal, Troisdorf; **DIE LINKE. Stadtverbände:** Bockenem, Dorsten, Hoyerswerda, Pirmasens; Hartz IV Arbeitskreis, DIE LINKE, Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, **IG Metall:** Verwaltungsstelle Frankfurt, Erwerbslosen-Arbeitskreis (ELA) IG Metall Ludwigfelde, Gewerkschaftlicher Erwerbslosenenarbeitskreis Südbrandenburg, **ver.di Bezirke:** Mittelbaden-Nordschwarzwald, Stuttgart, Süd-Ost-Niedersachsen; **ver.di Bezirksarbeitslosenausschüsse:** Rhein-Neckar, Mittelbaden-Nordschwarzwald, Südhessen; Kulmbacher Arbeitsloseninitiative in und bei ver.di, **Weitere Initiativen und Vereine:** AG Soziales Berlin im Berliner Sozialforum, AG.SOZIALPOLITIK Dresden, AG Soziale Politik in und bei DIE LINKE Leipzig, Aktion Sozialer Widerstand Lemgo, Aktionsgruppe gegen soziales Unrecht Finsterwalde, @Ipraum Redaktion Hannover, ALSO Oldenburg, Arbeitslose helfen Arbeitslosen (AhA) Detmold e.V., Arbeitslosenberatung der AfdU Flensburg, Arbeitslosenhilfe Rheinland-Pfalz, Arbeitslosen Hilfe Forum Deutschland e.V., Arbeitslosenenkreisverband Löbau-Zittau e.V., Arbeitslosenselbsthilfe - Arbeit für alle - e.V. Wedel, Beistand ARGE-Freiburg, Braunschweiger Arbeitslosenzentrum (BALZ), Bund Soziales Zentrum Deutschland e.V., Bürgerinitiative Hartz IV e.V. (Gladbeck), Büro für soziale Dienstleistungen (Kalefeld), Computerhilfe u. Info Blog (Hildesheim), Darmstädter Sozialhilfegruppe, Demokratische Initiative Paderborn (DIP), DIFD Frankfurt, DKP Darmstadt, Erwerbsloseninitiative Albstadt, Erwerbsloseninitiative Peine e.V. (EIP), Erwerbslosen Initiative Nordfriesland (Husum), Erwerbslosenenkreis Hanau, Frauenhaus Kassel, Frauen helfen Frauen (Aachen), FrauenZimmer (Nürnberg), friga e.V. - Sozialberatung in der Fabrik (Freiburg), GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt), Redaktion gegen-hartz.de, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreisverband Hanau, Halkevi - Volkshaus Aschaffenburg e.V., Hanauer Sozialforum - Bündnis gegen Sozialabbau, HARTZ IV Betroffene e.V. (Potsdam), Hartz4 Betroffene Herford, Hof Sondern e.V., "Horch amol aus Franken" - kostenlose Zeitung, IG Hartz4-Geschädigte (St. Ingbert), Initiative Bremer Montagsdemo, Initiative Bürgerhilfe e.V. (Zwickau), Initiative Bürger in Not e.V. (Lutherstadt Eisleben), Initiative >>>durchblick<< (Kaisersesch), Initiative für soziale Gerechtigkeit Gera, Initiative "Reiche Stadt - Arme Kinder" (Stuttgart), Initiative Sozial e. V. (Bad Hersfeld), Kinderschutzbund Höxter, Linksjugend Solid Aschaffenburg, Maßarbeit e.V. - Arbeitslosenzentrum Herford, Mean Musik e.V. (Wuppertal), Menschenrechtsreporter, M.I.L.A.N. (Raubach), Montagsdemo Magdeburg, Montagsdemo Mannheim, NaturFreunde Ortsgruppe Göttingen, Nordhausen macht mobil gegen Hartz, Oase-der-lebensfreude (Münstertal), Offenes Büro Lörrach, Onlinezeitung (Duisburg), Organisierte Witzenhäuser Erwerbslosen-Initiative e. V. - OWEL, Ortsjugendring Plau e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband in Göttingen, Projekt LebensWert (Duisburg), Sozial- und Schuldnerberatung (Bonn), Soziales Zentrum Höxter e.V., Sozialforum Aschersleben, Sozialforum Dortmund, Sozial-IGEL e.V. Itzehoe, Sozialinitiative gegen Armut und Ausgrenzung e.V. (Neumünster), Sozialleistungen.info (Marburg), tbo-Beratung (Hannover), Tübinger Arbeitslosentreff (TAT e.V.), Tübinger Bündnis gegen Sozialabbau, Verband alleinerz. Mütter & Väter (VaMV) Kontaktst. Trappenkamp (Kiel), VdK Kreisverband Frankfurt/Main, Verein für soziales Leben e.V. (Lüdinghausen), Verein für soziales Leben e.V. - Ortsgruppe Münster, Wege zur Einen Welt (Göttingen), Widerspruch e.V. (Bielefeld), Wir Tun Was e.V., Zabergäu Spiegel (Pfaffenhofen), Zukunftsforum Stuttgarter Gewerkschaften

Stand: 08.10.2008

(3) Bundesgesundheitsministerium Pressestelle 16.05.2004

(4) Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Antwort vom 2.Juli 2007 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestags-Drucksache 16/5699, 3

**Möchten Sie sich als Einzelperson oder als Organisation der Bündnisplattform anschließen?
Möglichkeit zum online Unterzeichnen und viele weitere Informationen:**

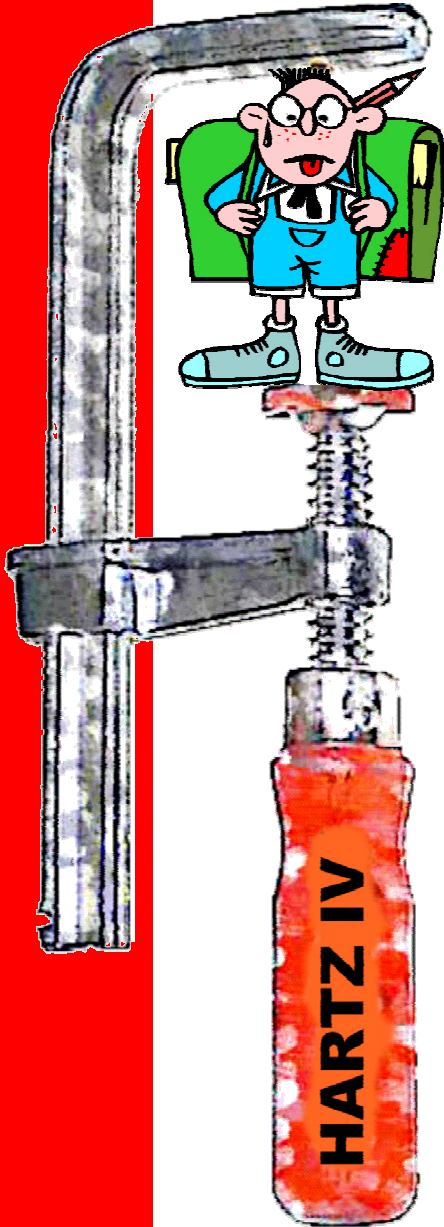
www.kinderarmut-durch-hartz4.de

Dort finden Sie auch Listen zum Ausdrucken und Sammeln von Unterschriften für die Forderungen der Bündnisplattform.

V.i.S.d.P. Edgar Schu, Weender Landstraße 97, 37075 Göttingen, edgar.schu@die-soziale-bewegung.de, Tel.: 05 51 99 64 381

Hartz IV streitet Wachstum von Kindern ab!

Stellen Sie sich vor:



Sie geben Ihrem Kind bis zum Alter von 13 Jahren nur so viel zu essen und zu trinken, wie es im Säuglingsalter bekommen hat.

Wenn die Presse das erfahren würde, würde sie Ihre Verantwortungslosigkeit anprangern und mehr Kontrollen durch Jugendämter und Ärzte fordern.

Was aber, wenn CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne dasselbe machen?

Diese Parteien gestehen nämlich 7 bis 13-jährigen Schulkindern aus Hartz IV-Familien keinen höheren Bedarf mehr zu als Säuglingen. Vor Hartz IV bekamen sie noch rd. 20% mehr. 7 bis 13-Jährigen sind mit Hartz IV erhebliche Mittel für Essen und Trinken entzogen worden. Sie müssten aufhören zu wachsen und Zwerge bleiben.

Wenn sich Eltern beklagen, dass sie zu wenig Geld für ihre

schulpflichtigen Kinder bekommen, hören sie von gutverdienenden VertreterInnen der Hartz IV-Parteien, sie müssten sich das Geld eben besser einteilen. CDU, SPD usw. lehnen jede Verantwortung ab.

Weniger Geld besser einteilen?

Kinder im Alter von 7 bis 13 brauchen im Schnitt rd. 2.050 kcal an Energiezufuhr pro Tag, Kinder unter 7 nur 1.250. Die Bundesregierung stellt Kindern unter 14 für den täglichen Ernährungsbedarf aber nur die Einheitssumme von 2,31 Euro pro Tag zur Verfügung. Altersgerechte Förderung? Pustekuchen.

Für gesunde Ernährung brauchen Menschen mit dem Preisniveau von Juni 2008 2,33 Euro pro 1.000 kcal, wenn sie den Energiewert von Lebensmitteln zu 100% nutzen. Kinder

von 7 bis 13 Jahren bräuchten also 4,78 Euro.¹

Wie sollen Eltern 2,31 Euro einteilen, um den Bedarf an gesunder Ernährung in Höhe von 4,78 Euro zu decken?

Merkel, Beck, von der Leyen und Scholz meinen: Das geht.

Damit behaupten sie:

Auch wenn ein 13-jähriges Kind etwa zehnmal so viel wiegt wie ein Säugling und mehr als drei mal so groß ist, braucht es nicht mehr Geld für Nahrungsmittel als ein Säugling. Wenn Eltern damit nicht auskommen, sind sie selber schuld.

Dabei ist den regierenden Parteien wenigstens in Bezug auf Autos klar: Je mehr Gewicht und je länger, desto höher ihr Energieverbrauch.

Bei Kindern aus Armutsfamilien jedoch wollen sie solche einfachen Zusammenhänge nicht wahrhaben. Das würde schließlich Geld kosten.

Wachstumsbedarf von Kindern ab 14 gestrichen

Kinder hören bekanntlich erst zwischen 16 und 19 Jahren auf zu wachsen. Deshalb wurde bisher anerkannt, dass Kinder bis 18 einen höheren Bedarf als Erwachsene haben. Die Hartz IV-Parteien haben das abgeschafft. Sie setzen den Bedarf von Heranwachsenden mit dem von erwachsenen Haushaltsangehörigen gleich und gestehen ihnen nicht mehr 90%, sondern nur noch 80% des Eckregelsatzes zu. Sie meinen also, dass man ab 14 nicht mehr wächst.

Was wird zur Rechtfertigung angeführt?

Es sind zwei dürre Sätze:

1) "(Damit) werden die Leistungen für Familien gerechter verteilt." (Bundesgesundheitsministerium Pressestelle 16.05.2004)

Kann es ungerecht sein, dass Kinder Wachstumsschübe haben?

2) "*Die Einteilung der Altersklassen "bis unter 14 Jahre" ... entspricht international anerkannten wissenschaftlichen Verfahren.*" (Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Antwort vom 2. Juli 2007 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE BT-Drs. 16/5699, Seite 3)

Tatsächlich rechnet die OECD allen Kindern unter 15 dieselbe Höhe von Ausgaben im

¹ eigene Berechnung nach Angaben des Forschungsinstituts für Kinderernährung in Dortmund, Ernährungsumschau 09/2007; die dort angegebene 2,16 € pro 1.000 kcal beziehen sich auf das Preisniveau von Mai 2007. Bis Juni 2008 stiegen die Preise für Nahrungsmittel um 8 %.



Verhältnis zum "Haushaltsvorstand" zu. Die OECD ist ein Zusammenschluss von 30 Industrieländern, repräsentiert durch ihre Regierungen. Bloß weil 30 Regierungen es verfügen, sollen Kinder verschiedenen Alters denselben Bedarf haben?

Die wirklichen Gründe für die Kürzung sind:

- die Senkung der Regelsätze von Kindern erhöht den Druck auf die Eltern, zu Armutslöhnen zu arbeiten. Dadurch sollen Unternehmen höhere Profite einfahren können.
- Das Desinteresse an Kindern aus Armutsfamilien. Sie sollen billiger abgeschrieben werden können.

Die regierenden Parteien sind zu feige, das zuzugeben. Sie reden bei der Senkung von Unterstützungen lieber von Beseitigung von "Fehlanreizen", aktivierendem Sozialstaat, Fördern und Fordern, mehr "Eigenverantwortung" und mehr "Freiheit" von staatlicher Bevormundung.

Zurück zur Weimarer Republik

Den Bedarf von Schulkindern und Säuglingen gleichzusetzen, war die Regel in Weimar, zur Zeit des Faschismus und in der Nachkriegszeit. Genau dahin werden Eltern und Kinder durch die Nicht-Anerkennung des Wachstumsbedarfs wieder zurückgeworfen. Denn seit 1955 wurde diese kinderfeindliche Praxis aufgegeben. Hartz IV geht sogar noch zurück hinter das 19. Jahrhundert, in dem die Anerkennung höherer Bedarfe für Kinder höheren Alters üblich war. Hamburg z.B. gestand 1788 Kindern über 5 Jahren 50% mehr zu als Kindern unter 5.

Wir setzen uns dafür ein, den empörenden Zustand sofort zu beenden, dass der Wachstumsbedarf von Schulkindern aus Armutsfamilien nicht mehr anerkannt wird.

Wir unterstützen darüber hinaus jede deutliche Erhöhung des Eckregelsatzes! Damit würden die Regelsätze aller Kinder noch einmal deutlich steigen.

Wir fordern:

Anerkennung des Wachstumsbedarfs von Kindern ab 7 Jahren!

Deshalb:

Erhöhung des Regelsatzes für Schulkinder von 7 bis 13 Jahren von 211 auf 253 Euro!

Sie müssen sofort wieder einen Regelsatz bekommen, der 20% höher ist als der von Säuglingen.

Erhöhung des Regelsatzes von 14- bis 17-Jährigen von 281 auf 316 Euro!

Sie müssen sofort wieder 90% des Eckregelsatzes von 351 Euro bekommen statt 80%.

- ☞ Unterstützen Sie die Plattform des Bündnisses für die sofortige Rücknahme der Senkung der Regelsätze für Kinder ab dem Schulalter.
- ☞ Unterzeichnen Sie über www.kinderarmut-durch-hartz4.de.
- ☞ Sammeln Sie Unterschriften für die oben genannten Forderungen. (Liste über die Website abrufen)
- ☞ Bestellen Sie die Broschüre "'Fördern' durch Kürzen", Frankfurt Juli 2008, 28 S., die die Gründe und die Bedeutung der Aberkennung des Wachstumsbedarfs von Schulkindern und Jugendlichen mit Einführung von Hartz IV ausführlich behandelt. Schutzgebühr 1€, bei Versand unter 10 Ex.plus 0,85€ Porto. Bestellung über info@klartext-info.de.

August 2008



Aktionsbündnis Sozialproteste



Erwerbslosen Forum Deutschland



Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

Tacheles e.V.

V.i.S.d.P. und Adresse zum Bestellen des Flugblatts: Rainer Roth, Berger Str. 195, 60385 Frankfurt, fon (069) 45 38 32

www.kinderarmut-durch-hartz4.de



Tagungsbericht

www.elb-mv.de

über das Tribunal des Erwerbslosenbeirates des Erwerbslosenparlament Mecklenburg-Vorpommern am 30.06.2008 in Güstrow unter dem Thema

„Hartz IV – Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg in die Armut“

Im Güstrower Bürgerhaus versammelten sich über 150 Frauen und Männer aus Betroffenenorganisationen, um auf das Schicksal von Menschen aufmerksam zu machen, die mit dem ALG II und dem damit verbundenen Druck im Alltag leben müssen.

Eingeladen waren auch die Abgeordneten, die aus unserem Land diese Menschen im für die Hartz-IV-Gesetze verantwortlichen Bundestag vertreten. Sie hatten alle keine Zeit.

Aus Mecklenburg-Vorpommern konnte der 1.Sprecher des Erwerbslosenbeirates (ELB), Christian Köpcke, Abgeordnete der Linksfraktion des Landtages, den Bürgerbeauftragten und den Datenschutzbeauftragten des Landes, Mitarbeiter des Wirtschafts- und des Sozialministeriums, Vertreter der Partei DIE LINKE und von Bündnis 90/Die Grünen, viele Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften sowie des Seniorenbeirates des Landes, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Landesarmutskonferenz begrüßen.

Christian Köpcke eröffnete das Tribunal und hob hervor, dass es um eine größere öffentliche Wahrnehmung der mit den Hartz-IV-Gesetzen verbundenen Probleme für die Menschen geht, damit die davon ausgehende massive Störung des sozialen Friedens nicht zur dauerhaften Verarmung hunderttausender Menschen in Mecklenburg-Vorpommern führt. Er betonte, *„dass die Grund- und Menschenrechte in der BRD durch die Einschränkung des Rechts der freien Ausübung des Berufs, durch die Einschränkung der Freizügigkeit und der Vertragsfreiheit, durch Eingriffe in die Bildungschancen und die Gesundheitsfürsorge der Erwerbslosen sowie die Aufhebung des Verbots der Zwangsarbeit, für die Menschen die ohne eigene Schuld aus dem Arbeitsprozess gedrängt wurden, für viele Menschen offensichtlich nicht mehr gelten sollen. Dagegen ist individueller und gesamtgesellschaftlicher Widerstand nötig.“*

Das Tribunal sei „Fortsetzung der Landesarmutskonferenz“ und des „Sozialgipfels vom 19.06.2008“ und dient der Vorbereitung des 11. Erwerbslosenparlaments am 07.11. in Schwerin.

Danach ergriff *Peter Deutschland*, Vorsitzender des DGB-NORD, das Wort zu einer öffentlichen politischen Erklärung zum Billiglohnland Mecklenburg-Vorpommern aus der Sicht des DGB.

Er warb für die Mindestlohnkampagne der Gewerkschaften, für Haltelinien, die vor Dumpinglöhnen schützen, für eine starke Reduzierung der 1-€-Jobs zu Gunsten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, für die Begrenzung der unbezahlten Praktika und für den Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. *„Es geht ein Gespenst um“* und das bedeutet *„Zweiklassengesellschaft“*.

P. Deutschland warb dafür, dass die Netzwerke in Mecklenburg-Vorpommern, wie der Erwerbslosenbeirat, die Landearmutskonferenz und andere, sich noch enger zusammenschließen.

Als Moderator des Tribunals betonte *Gerd-Erich Neumann*, dass vorab zwei Irritationen auszuräumen seien. „*Manch einer denkt bei dem Begriff Tribunal an die römischen Gerichtssitzungen, die er aus Filmen kennt.*“

Im modernen Sprachgebrauch bietet ein Tribunal ein öffentliches Forum, in dem gegen die in der Begrüßung durch Christian Köpcke behaupteten Rechtsverstöße protestiert wird.

Daraus resultiert, dass es sich bei den Klagen nicht um konkrete Personen und auch nicht um die Eine oder die Andere Dienststelle der Bundesagentur bzw. ARGE oder einzelne Mitarbeiterinnen aus diesen geht. Wohl aber ist beabsichtigt, an Hand der Beispiele das System der Hartz IV-Gesetzgebung deutlich zu machen. Es manifestiert sich eben nicht im Gesetzestext sondern in den Auswirkungen auf betroffene Menschen. Für mich verbietet sich der Gebrauch des Begriffes „Kunde“ für diese Menschen, da sie nicht als Käufer auftreten und auch nicht um ihre Gunst geworben wird.“

In diesem Sinne wurden dann einzelne Klagen aufgerufen.

Zuerst zeigte *Siegfried Markner* am eigenen Beispiel, wie unterschiedlich mit den Kosten der Unterkunft umgegangen wird. Beim Umzug von A nach B wurde seine Wohnung für zu groß befunden. Nun soll er entscheiden wie er das wegwirft was er eigentlich benötigt, wenn ihm doch noch mal eine Arbeit winkt. Denn er möchte arbeiten, wenn gewünscht auch bis zum 67.Lebensjahr. Das ist ein Problem, das viele betrifft, weil wegen fehlender eindeutiger Kriterien die Kommunen Regelungen in erster Linie nach Kassenlage treffen.

Dann tritt *Hannelore Thulke*, seit 16 Jahren Beraterin für Erwerbslose, an das Rednerpult und schildert wie mit jungen Menschen als Hilfebedürftigen umgegangen wird und diese schon am Anfang ihres Lebens von der Bürokratie erschlagen werden. Die Beraterin weiß sehr genau, dass die Regelungen des Umgangs mit den Anträgen sehr kompliziert sind und nicht einmal die Sachbearbeiterinnen den vollen Überblick haben. Desto notwendiger wäre ein feinfühligere Umgang mit den Betroffenen. Aber der 17-jährigen schwangeren Schülerin wird zu gemutet, nach vier Monaten einen ersten Bescheid zu erhalten. In 10 Monaten erhält die junge Frau Bescheide mit 15 verschiedenen Summen. Bewältigt wurde das mit etwa 75 Blatt Papier für Bescheide und etwa mehr als 120 Blatt Papier für Anträge, ohne die vielen Kopien gerechnet. Zwischenzeitlich wurde der jungen Frau, die nach der Entbindung die Schule beenden will, ein Gespräch über ein Bewerberangebot angeboten und sie wird schließlich zur „erwerbsfähigen Arbeitssuchenden“ ernannt. Die Beraterin nennt dieses Herangehen, wahrscheinlich zu Recht, „organisiertes Chaos“.

Menschen mit Behinderungen bedürfen der besonderen Hilfe und Fürsorge der Ämter. Wie das aussieht zeigte eine andere Beraterin aus Rostock, *Uschi Wichmann*. Ein älterer Mann wollte wegen seines Alters und seines Gesundheitszustandes aus der 5. Etage des Hauses in die freigewordene Wohnung in der 1.Etage ziehen. Trotz ärztlichem Attest wurde der Antrag abgelehnt.

Was geschieht eigentlich mit den SGB II-Empfängerinnen und Empfängern auf dem „grauen Arbeitsmarkt“? Dazu äußerte sich *Ariane Kroß* über zwei Fälle unter dem Decknamen „Jobfit“, die dem Erwerbslosenbeirat schriftlich mitgeteilt wurden.

Der Moderator schickte dem Redebeitrag folgende Anmerkung zur Wirksamkeit des „Förderns“ voraus: Für die ersten 6 Monate 2007 wurden die Übergänge hilfebedürftiger Personen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit 3,4 % ermittelt. Rügen liegt

mit 6,9 % in unserem Land an der Spitze, gefolgt von Bad Doberan und OVP. Alle anderen sind durchschnittlich bis zu 2,8 % im Uecker-Randow-Kreis.

Im ersten Fall wurde eine Frau, die sich im Nebenjob ein Zubrot verdient, in ein Arbeitsverhältnis gedrängt obwohl klar war, dass sie nicht übernommen werden wird.

Sie sollte 2 Tage zur Schule gehen und drei Tage ohne Lohn je 8 Stunden arbeiten. Die Mitarbeiterin der ARGE: Da müssen sie ja wohl diesmal ihren Nebenjob aufgeben! Die Frau besorgte sich dann einen Praktikumsplatz, auch ohne Entlohnung. Fahrgeld wurde ihr von der ARGE mit der Begründung „Es wäre doch ihre Angelegenheit wenn sie ihren Nebenjob für die unbezahlte Arbeit nicht aufgibt“ verweigert.

Im zweiten Fall wurde eine junge Frau verpflichtet, unbezahlt in einer Firma auch ohne Übernahmechancen zu arbeiten. Nach sechs Wochen fragt dann der Chef bei der ARGE an, ob die Frau nicht noch länger bleiben könnte, da bei ihm eine Mitarbeiterin gern in Urlaub gehen möchte. „Jobfit“ also für Unternehmer?

Marikka Kurzenberg tritt ans Mikrofon und schildert sehr emotional ihr Leben mit Hartz IV. Seit 1990 mit einer einjährigen ABM-Unterbrechung langzeitarbeitslos kämpft die 54jährige für ihre vierköpfige „Bedarfsgemeinschaft“ um ein menschenwürdiges Leben. Wenn alle Pflichtausgaben abgezogen sind bleiben der Familie 245,19 € monatlich zum Leben. Das bedeutet: Nicht mehr ins Kino gehen, keine Einladungen von Freunden annehmen können, keinen Urlaub oder Zoobesuch, keine Geburtstagsgeschenke für den unter 15jährigen Sohn, kein Geld, um den Kindern eine ordentliche Bildung mitgeben zu können und im Alter ein Leben in Armut. Wenn sie von ihrem Dorf ein Mal nach Rostock fahren muss sind von den 10,11 € im Regelsatz bereits 8,20 € ausgegeben. Von dem Rest kommt man nicht mehr aus dem Dorf. Und eine Waschmaschine muss bei ihrem Regelsatz 21 Jahre durchhalten.

Sie bewirbt sich regelmäßig ohne Erfolg um Arbeit. Dabei benötigt sie nicht mal eine Trainingsmaßnahme, da sie in sechs ehrenamtlichen Funktionen ihre Arbeitswilligkeit, ihre Arbeitsfähigkeit und ihre Mobilität beweist. Sie hat sich früher vorgestellt, dass das Alter Ruhestand heißt und ihr graut davor, denn dann muss sie von Amt zu Amt rennen um das zum Leben notwendige zu erhalten. Ein Leben in Würde stellt sie sich anders vor.

Doris Magdeburg berichtet dem Tribunal, wie rigoros versucht wird, die Forderung der Bundesagentur nach Sparen an den Erwerbslosen umzusetzen. Hier wird deutlich, dass Einschränkungen und Sparmaßnahmen zu Lasten der Erwerbslosen nicht nur von der Koalition in Berlin gefordert werden sondern auch Konjunktur haben.

Die von ihr betreute Frau erhielt bis Juni 2007 ALG I, musste dann von dem Ersparten bis September leben, erhielt ab Oktober ALG II. Im Mai 2008 erhielt sie eine Betriebskostenrückerstattung von 200 € und die Mitteilung ihrer zuständigen ARGE, dass ihr diese 200 € vom ALG II angezogen werden. Sie legte nach Beratung einen Widerspruch ein und hatte Erfolg. Wenn der „Kunde“ tatsächlich „König wäre“ hätten der Frau viel Aufregung und Lauferei erspart werden können.

Mit diesen 6 Fallbeispielen ging das Tribunal dazu über Zeugen zu hören, die verschiedene Facetten der Gesetzesumsetzung in ihrem tagtäglichen Umgang mit den Sorgen der Menschen, haupt- oder ehrenamtlich, erleben.

Zunächst wurde *Christian Köpcke*, 1. Sprecher des ELB und Landesvorsitzender des ALV gefragt: „Wenn 764.000 Widersprüche gegen ihre ALG-2-Bescheide bei mehr als 7 Millionen

Menschen im Hartz IV-Bezug, also etwa 10 % aller Beziehler, eingelegt wurden kann man dann noch von einer optimalen Beratung durch die Arbeitsverwaltungen sprechen? Schließlich sind auch in Mecklenburg-Vorpommern ca. 40 % aller Klagen, die aus abgelehnten Widersprüchen resultieren für die Kläger vor den Sozialgerichten erfolgreich ausgegangen.“

Köpcke schildert als Problem: „*Es ist unbestritten, dass wir in einem Rechtsstaat leben. Jeder das Recht hat, alles das was ihm gesetzlich zusteht in Anspruch zu nehmen, aber keiner hat die Pflicht ihn darauf hinzuweisen.*“ Unmittelbar nach Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde mit ABM eine Sozialstruktur aufgebaut, die „*eine langfristige unabhängige Sozialberatung im Rahmen der Hilfe zur Selbsthilfe*“ ermöglichte. Mit der Einführung des SGB II im Jahr 2005 wurde aber gerade die unabhängige Beratung für die Betroffenen unverzichtbar. Allein beim Arbeitslosenverband wurden seither 237.151 Menschen beraten. Darum setzte sich der ELB seit 2004 für eine Richtlinie des Sozialministeriums ein, die Gewähr bietet, eine kompetente, niederschwellige, individuelle und von Behörden unabhängige Sozialberatung flächendeckend vorzuhalten. Diese Richtlinie müsste durch einen eigenen Haushaltstitel im Land gesichert sein und anerkennen, dass auch kleine Vereine eine erfolgreiche Arbeit geleistet haben und weiterhin leisten können. Die 2007 in kraft getretene Richtlinie ignoriert das völlig und die Streichung der finanziellen Mittel, die diese Beratung nach dem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm der Regierung noch möglich machte, werden jetzt dazu führen, dass wichtige Betreuungs- und Beratungsstrukturen im Land ihre Arbeit einstellen müssen.

Die nächste Frage ging an *Burkhard Bauer*, der für den Landesverband der ABS-Gesellschaften zu den Problemen der Beschäftigungsgesellschaften unter der SPD-CDU-Regierung mit ihrer Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik Stellung nahm.

Er betonte, dass die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den vergangenen 15 Jahren mit der Umsetzung der arbeitsmarktpolitischen Programme der EU, des Bundes, des Landes und vor allem der Arbeitsverwaltungen als starke Gemeinschaft und Lobbyist der Erwerbslosen vielen Menschen geholfen hat, den Weg in die Arbeitsgesellschaft wieder zu finden und, wenn auch vor allem im Niedriglohnsektor, geholfen hat die Armut zu begrenzen. Um so unverständlicher ist es „*dass sich die neue Landesregierung völlig von der Förderung des 2. Arbeitsmarktes verabschiedet hat.*“ Stets wurden seit 1990 die Arbeitsmarktprogramme der jeweiligen Regierung so lange weitergeführt bis etwas „*Neues auf dem Tisch lag*“. Durch die ROT-ROTE-Regierung wurde für das Land eine Struktur entwickelt, die die Arbeitsmarktpolitik auch von 2007 bis 2013 wirksam weiterentwickelt hätte. Die Voraussetzungen waren gut, da die SPD weiterhin die Regierung führt. Aber das Land hat sich vollständig aus dem 2.Arbeitsmarkt zurückgezogen. „*Wir sind der Auffassung, dass unsere Landesregierung ein gerüttelt Maß an Verantwortung gegenüber den vielen tausend Arbeitslosen hat und es nicht damit abgetan ist, auf den Bund zu verweisen.*“ Der Landesverband sucht die Zusammenarbeit mit allen arbeitsmarktpolitischen Akteuren um sein Wissen und seine Erfahrungen weiterhin bei der Umsetzung aktiver Arbeitsmarktpolitik einzubringen. „*Wir sehen auch größeren Handlungsbedarf bei der Umsetzung der neuen Bundesprogramme „Kommunal-Kombi“ und „JobPerspektive“.* Das Land sollte über eine angemessene Beteiligung nachdenken. Die „*wichtigste Aufgabe war, ist und bleibt die sinnvolle Beschäftigung arbeitsloser Menschen unseres Landes*“. Sie haben ein Recht auf Arbeit und Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung.

Karl-Heinz Figas, Geschäftsführer des ALV-Landesverbandes, bezeugte den Zustand der Schuldnerberatungen im Land.

In Mecklenburg-Vorpommern ist jeder 5. Haushalt überschuldet. In diesen 172.000 Haushalten leben 85.000 Kinder. Es fehlt den Familien vor allem das notwendige Geld für eine gesunde Ernährung ihrer Kinder, für die wachstumsbedingten Mehrausgaben für Bekleidung und Schuhe, für die Schulsachen und für die Teilnahme am sozialen Leben. Der Hartz IV-Regelsatz für Kinder fördert die Überschuldung der Familien mit Kindern und bei Alleinerziehenden, wenn sie keine Arbeit haben. Für viele Menschen mit Schulden ist die kostenlose Schuldnerberatung oft der letzte Strohalm um sich aus ihrer sozialen Notlage zu befreien. Die Landesregierung sollte ihre Auffassung revidieren, dass mit dem statistischen Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Einwohnerzahl automatisch eine Verringerung der Verschuldung einhergeht. Arbeit im Niedriglohn mindert keine Schulden und es sind nicht die Schuldner, die das Land verlassen. Die finanzielle Sicherung der Schuldnerberatungsstellen, ohne die Last einer 10 %igen Eigenbeteiligung der Träger und die Anerkennung als gesetzliche Pflichtaufgabe, das wäre zur Stärkung der Professionalität dringend nötig.

Zu Kurzinterventionen erhielten dann Gert Müller, Karen Larisch und Siegfried Markner das Wort.

Gert Müller informierte das Tribunal über Folgen und Auswirkungen einer neuen Verordnung vom 17.12.2007 für Selbständige mit momentanem schlechten wirtschaftlichen Erfolg, Arbeitslose diese sich als Subunternehmer verdingen und Arbeitnehmer, die versuchen mit einem Nebengewerbe den Schritt in die Selbständigkeit zu wagen. Bei diesen darf der Gewinn nicht mehr nach den Regeln des Einkommensteuergesetzes ermittelt werden und grundsätzliche Prinzipien der Buchführung werden außer Kraft gesetzt. Die Abschreibung nach AfA-Tabelle wird verboten, die Reisekostenbestimmungen werden außer Kraft gesetzt, Anschaffungen von Wirtschaftsgütern über 150 € und regelmäßige Betriebsausgaben über 50 € müssen von der ARGE genehmigt werden, betriebliche Rücklagen dürfen nicht gebildet werden. Müller schätzt ein, „*dass für die Berechnung des ALG 2 die Gewinne künstlich vergrößert und damit die Hartz IV- Zuschüsse verkleinert werden.*“ Auch das stellt eine Diskriminierung dar, wird die Schwarzarbeit weiter befördern und dürfte durch die Eingriffe in die Freiheit der Unternehmensführung ebenfalls verfassungswidrig sein.

Karen Larisch, Leiterin des „Hauses der Integration“ in Güstrow, selbst Aufstockerin mit Ehrenamtsjob, machte auf die Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetze gegen die Gleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen in der SGB II- Umklammerung aufmerksam. Ein Kind von arbeitenden Eltern kann seine Begabungen fördern und wird von den Eltern und dem Staat unterstützt. Ein Kind armer Eltern im Hartz IV-Griff muss nach dem Gesetz, auch wenn es hochbegabt ist, ab dem 15. Lebensjahr alles tun um für seinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen. Eine schulische Berufsausbildung, das Abitur oder ein Fachgymnasium kommt nicht in frage. Dafür bietet das Gesetz dann vielleicht ein Ausbildungsverhältnis mit Ausbildungsentgelt oder einen 1-€-Job an. Es muss ja alles annehmen was die Hilfebedürftigkeit beendet. Und wenn die Begabtenförderung einer Stiftung einspringt wäre das ja ein anzurechnendes Einkommen. „*Arme Kinder brauchen keine Bildung und ein dummes Volk lässt sich leichter regieren?*“ Ob diese Rechnung aufgeht?

Siegfried Markner, der nochmals das Wort ergriff, bemängelt, dass bei der Erhöhung der Erwerbsminderungsrente der Ehefrau die der erkrankten Frau zu Gute kommen soll der Regelsatz für den Ehemann genau um diese Erhöhung gekürzt wird. Außerdem hält er die Praxis, dass private Schuldner für die Rückzahlung nur bis zur Pfändungsfreigrenze zur Verantwortung gezogen werden, aber ALG 2-Empfänger ihre Schulden vollständig

zurückzahlen müssen, für nicht mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar.

Zum Schluss bezeugte *Marion Drögsler*, Vorsitzende des Arbeitslosenverbandes Deutschland, dass viele Gesetzesaussagen von Hartz IV-Gesetzen im Widerspruch zur allgemeinen Menschenrechtserklärung der UN und dem Grundgesetz der Bundesrepublik stehen. An einigen ausgewählten Beispielen führte sie dafür Belege an.

Artikel 23 der Menschenrechtserklärung erklärt: *„Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.“* Und wie geht es dem deutschen Hartz-Empfänger? Jugendliche warten z. T. Jahre auf eine Ausbildung, 45jährige Arbeitslose bekommen keine Ausbildung oder Umschulung mehr, unter Androhung von Sanktionen muss er oder sie jede nicht weiter definierte „zumutbare Arbeit“ annehmen, Niedriglohn ist zumutbar, „Aufstocker“ werden nicht mehr als „arbeitslos“ gezählt, 1-€-Jobs müssen angenommen werden ohne Anerkennung im Sinne eines Arbeitsverhältnisses und Arbeitsaufnahme wird erzwungen. Entsprechend Artikel 12 (3) des Grundgesetzes ist dies nur bei *„gerichtlich angeordneter Freiheitsentziehung“* zulässig.

Beide Dokumente kennen die freie Wahl der Wohnung und das Recht der Unverletzlichkeit derselben. Im SGB II entscheidet die ARGE, welche Wohnung bezogen werden darf und wenn es diese nicht gibt muss man beim Essen sparen um wohnen zu können.

Wohnungsbegehungen ohne richterliche Anordnung darf der Mensch zwar verweigern, er gerät aber sofort in Verdacht etwas verschleiern zu wollen.

Aus dem garantierten Schutz des Eigentums wird gezielt das Vermögen abgeschmolzen.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Besonders schlimm steht es um die Verletzung des Artikels 25 der Menschenrechtserklärung, dem besonderen Schutz von Mutter und Kind. Was hier geschieht kostet uns die Zukunft. Vieles ist vor allem mit den Artikeln 1 beider Dokumente *„Unantastbarkeit der menschlichen Würde“* unvereinbar

Mit den vorgetragenen 6 Klagen und den 7 Zeugenerklärungen hat sich anschließend in einer generalisierenden Anklage *Bernd Fritze*, Mitglied des ELB, beschäftigt. Er fasst dabei die wichtigsten Punkte zusammen.

Erstens: Die Arbeitslosenstatistiken werden per Gesetz gefälscht! Von den von Januar bis September 2007 registrierten 5.329.000 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen waren lediglich 3.543.776 als arbeitslos gezählt. Das sind 46 %. Nicht als arbeitslos gezählt werden so genannte Aufstocker, Menschen in Trainings- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen, Kranke oder 1-€-Jober.

Zweitens: Hartz IV fördert den Niedriglohnsektor und die Zwangsarbeit! Niedrige Löhne machen die noch arbeitenden Menschen erpressbar, über „Personalverleiher“ werden die Verleiher fett, die Verliehenen haben nur eine unsichere Perspektive.

Drittens: Hartz IV wirkt diskriminierend! In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 20.337 Jobs mit einem Lohn unter 800 €, davon 9.263 in Teilzeit und 11.066 in Vollzeit. Unter 74 % all dieser Jobs müssen Frauen leiden.

Viertens: Die Vermittlungspolitik dreht sich im Kreis! Nur selten gelingt es einem ALG 2-Empfänger in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu kommen. 1-€-Jobs, für drei oder 6 Monate vergeben, dienen zwar dazu reguläre Arbeitsplätze zu verdrängen, schaffen aber keine neuen Arbeitsplätze. 1-€-Jobs sind keine Brücke in den Arbeitsmarkt sondern ein Instrument zur Schönheitspflege der Statistik.

Fünftens: Hartz IV fördert die Armut! Von Armut betroffen sind vor allem Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende. Der Niedriglohnbereich ist von ca. 25 % am Anfang der 90er Jahre bis 2006 auf 36,4 % gestiegen. Die Altersarmut wird jetzt vorbereitet, existenzsichernde Mindestlöhne und ein ständiger Rentenbeitrag für die Arbeitslosen könnten abhelfen.

Sechstens: Hartz IV schadet der Demokratie! Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung haben sich 53 % der Ostdeutschen bereits von der Demokratie verabschiedet. Die Hartz-Gesetze schüren Angst, Menschen trauen sich kaum ihre Lage öffentlich zu diskutieren. Wer schon den Mut hat vor Gericht zu gehen wird durch die langen Wartezeiten zermürbt. Von Wahlen verspricht man sich nichts mehr. Und die Neonazis haben zwar nicht zu bieten aber auch nichts zu verlieren. Darum trommeln sie um so lauter und profitieren davon. Aus persönlichem Misserfolg wird oft Staatsferne. Dem zu begegnen muss sich der Staat rühren und grundlegende Änderungen an den Hartz-Gesetzen statt zaghafter Kosmetik vornehmen. Längst haben die Bundesregierung und die Unternehmer vor der Aufgabe, Vollbeschäftigung zu erreichen, kapituliert. Unsere Warnungen sollen Mahnungen sein: Hartz IV muss weg. Es könnte schon weg sein wenn der Bundestag es nur wollte.

Silvia Steinbach, Mitglied des ELB, hat dann den Versuch unternommen, die Anklagen zu zerpfücken und die Gesetze des Bundestages zu verteidigen.

Fakt sei doch:

- **Der Bundestag müsse eigentlich gar nicht verteidigt werden, denn es geht den Menschen bei uns besser als z. B. den Menschen in Brasilien und wir haben eine Demokratie in der jeder machen kann was er will – auch der Bundestag.**
- **Alle müssen ihren Beitrag zum Wohle der Volkswirtschaft leisten, die Einen in dem sie den Gürtel enger schnallen, die Anderen in dem sie ihren Reichtum mehren. Murphy sagte „Armut ist eine Krankheit“ Darum heilen wir die Hartz-Opfer mit der Gesundheitsreform. Und es bleibt dabei „Wer arm ist muss früher sterben“.**
- **Die Kosten der Unterkunft muss man nicht staatlich regulieren. Die Kommunen wissen schon am Besten, welche Wohnungen am billigsten sind und gerade gut genug für den, der nicht mehr arbeiten muss.**
- **Den Regelsatz darf man nicht erhöhen sonst müssten auch die Löhne für die Geringverdiener angehoben werden. Und Letztere brauchen wir damit wir sagen können: Lohnersatzleistungen müssen geringer sein als der Lohn der noch Arbeitenden.**
- **Die 1-€-Jobs sind von höchstem Nutzen. Endlich haben die Kommunen die Möglichkeit, vom Hilfsjob bis zu hoch qualifizierter Arbeit Menschen zu bekommen, die preiswerter zu haben sind als die Leistungen von mittelständischen Unternehmern oder Handwerkern.**
- **Aufgabe der Regierungen ist es zu fördern. Wir fördern das Kapital wie Siemens, BMW oder das CD-Werk in Dassow damit sie rationalisieren können, den Profit garantiert bekommen und uns neue Arbeitslose liefern.**

Der Bundestag hat die Forderung von Herrn Hartz, dem inzwischen verurteilten Regierungsberater, aufgenommen: Fordern und Fördern! Wir fördern diejenigen, die Millionen Euro besitzen und wir fordern von den Millionen, die am Monatsende keinen Euro mehr besitzen.

„Es lebe die Demokratie. Wir müssen sie nur besser erklären!“

Nun war es soweit, dass um eine *Bewertung durch die Jury* gebeten wurde.

Ingo Schlüter, Vize im DGB-NORD, Dr. Renate Hill vom Landesfrauenrat und Helmut Holter, Arbeitsminister a. D. hatten alles sehr aufmerksam verfolgt und haben in dieser Reihenfolge ihre Schlussworte gehalten. Der Moderator bat darum dem Tribunal zu sagen, wie wir uns möglicherweise wehren können und was von der Politik im Bund und Land gefordert werden sollte.

Da es nichts bringt, sich in Resignation und Apathie zu flüchten haben sie gezeigt, dass es Alternativen gibt und dass es sich für jeden lohnt, sich bei der Umsetzung der Hartz IV-Gesetze gegen Willkür zur Wehr zu setzen. Immerhin führen etwa 30 % der Widersprüche und auch der Klagen zum Erfolg für die Betroffenen.

Ingo Schlüter begann seine Ausführungen mit der Feststellung, dass „*sich die Mitglieder der Jury in Sachen Hartz IV für befangen erklären*“. Ihre ablehnende Haltung sei eindeutig. Dem Erwerbslosenbeirat ging es bei dem Tribunal nicht um ein Spektakel. Es „*sollte der täglichen sozialen Ungerechtigkeit und Deklassierung, denen die Hartz IV-Betroffenen ausgesetzt sind, ein Gesicht geben. Und genau das haben wir erreicht.*“ Er machte deutlich, dass das Thema Mindestlohn so erfolgreich in die öffentliche Diskussion gekommen ist lag daran das die Lohnarmut personifiziert wurde. Schlüter schätzte die vorgestellten Beispiele als „*unterlassene Hilfeleistung*“, „*Nötigung*“ und „*Erpressung*“ ein. „*Die Angst, nach einem Jahr Arbeitslosigkeit unwiederbringlich auf Sozialhilfeniveau aus dem Erwerbsleben aussortiert zu bleiben, ist eine der Schlimmsten Folgen von Hartz IV.*“ Aus Sicht des DGB sind nicht nur Einzelmaßnahmen in den Hartz IV-Gesetzen kontraproduktiv, „*vielmehr ist das ganze System in sich sozial ungerecht und volkswirtschaftlich gefährlich*“ und völlig ungeeignet, die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen. Im Land kämpft der DGB für das Tarifreuegesetz damit wenigstens die öffentlichen Aufträge nicht mehr zu Armutslöhnen führen. Ingo Schlüter schließt seine Einschätzung mit den Worten: „*Heute ist hier ein denkwürdiger Satz gefallen: „Hartz IV schadet der Demokratie!“ Diesem Befund kann man leider nicht widersprechen. Armut, Verunsicherung, Enttäuschung, Perspektivlosigkeit und Fatalismus sind der Nährboden für die Erfolge der Neonazis. Unser heutiges Tribunal*

hilft, das Schicksal der Betroffenen für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Hier sein eigenes Schicksal zu offenbaren, dazu gehört viel Mut. Mut, den offensichtlich viel mehr Menschen haben, als den Neonazis Recht sein kann.“

Dr. Renate Hill leitete ihre Einschätzung mit den Worten ein. „*Von den Auswirkungen der AGENDA 2010 sind in besonderer Weise Frauen betroffen*“. Deren Anteil an den

Geringverdienern sowie an Langzeitarbeitslosen und an den so genannten Nichtleistungsempfängern ist deutlich höher als bei Männern. Aus geschlechterspezifischer Sicht betont Dr. Hill vor allem folgende Forderungen:

- Existenzsichernde und sozialversicherungspflichtige Mindestlöhne, die zur Reduzierung der unterschiedlichen Entlohnung beitragen.
- Individuelle Anwartschaften auf Lohnersatzleistungen und die Abkehr vom Modell der Bedarfsgemeinschaften, das auf einem überholten Lebensmodell beruht. Eine Berechnung in Abhängigkeit vom Partnereinkommen ist sozial ungerecht, begünstigt hierarchische Familienstrukturen, fördert häusliche Gewalt, behindert die Familiengründung und die Wahrnehmung gemeinsamer Verantwortung für Kinder.
- Keine Benachteiligung für Kinder aus Hartz IV-Familien und von

Niedriglohneempfängern.

- **Erhöhung des Regelsatzes von Kindern und Erstattung der Kosten für Bildung, Kultur und Sport beim Zugang zu den dafür vorhandenen Strukturen.**
- **Besondere Förderung von Berufsrückkehrerinnen und Personen mit besonderer Familienverantwortung.**
- **Familienbewusste soziale Verantwortung in Unternehmen.**
- **Förderung von unabhängiger, zielgruppenspezifischer und professioneller Beratung und Ausbau von Möglichkeiten für eine gesellschaftliche Integration und Teilhabe, insbesondere in ländlichen Regionen und für junge Menschen.**
- **Öffentliche Beschäftigungsmöglichkeiten und Unterstützung der Beschäftigungsgesellschaften.**
- **Erhalt und Unterstützung von Vereinen und Verbänden im demokratischen Gemeinwesen, auch als wirksamen Schutz der Demokratie und zur Abwehr rechter, neonazistischer Aktivitäten.**

Als letzter Redner der Jury ergreift *Helmut Holter*, Arbeitsminister a. D., das Wort. *„Betroffene klagen an, Betroffene wehren sich, Betroffene entwickeln Alternativen.“* und fördern so mit den genannten Fallbeispielen *„die sozialen Ungerechtigkeiten der Hartz IV-Reformen zu Tage“*.

Er betont die Forderung an die Politik und Wirtschaft *„Maßnahmen gegen die voranschreitende Verarmung heute, morgen und übermorgen“* einzuleiten um die *„leidvolle Kette ARM, ÄRMER, AM ÄRMSTEN“* zu durchbrechen. Die Betroffenen wissen, dass Armut *„vor allem einen Mangel an Lebenschancen auslöst“*, Mangel an Chancen für den/die einzelnen, aber vor allem für die Frauen, für die Generation über 50 und die Kinder und Jugendlichen.

Das Tribunal klagt den „asozialen Sozialstaat“ („Die Zeit“ vom 26.06.2008) an. Angeklagt wegen der Politik, die die Armut verstetigt, neue Armut schafft, den Betroffenen die Würde, die Lebenschancen sowie Erarbeitetes und Erspartes raubt, die Altersarmut vorbereitet und den Kindern die Möglichkeit einer beruflichen und persönlichen Lebensplanung nimmt. *„Das Tribunal Mecklenburg-Vorpommern klagt die Bundesregierung an für eine Politik der Ignoranz und der Unfähigkeit die gravierendsten Probleme des Landes zu lösen.“*

Das Tribunal klagt auch die Landesregierung an, die zu den vielen sozialen Ungerechtigkeiten schweigt, dem neoliberalen Irrglauben an die Kräfte des Marktes erliegt, die Bewährtes in der Arbeitsmarktpolitik der Vorgängerregierung stoppt statt es weiterzuentwickeln und Unternehmer und Arbeitslose in Gutsherrenart aus der Diskussion über innovative Lösungen ausschließt.

H. Holter fasst zusammen: *„Das Tribunal wendet sich an die Öffentlichkeit, denn Armut und Hartz IV gehen jeden an.“* und er benennt die Alternativen zur Überwindung von Hartz IV:

- * neue armutsfeste Regelsätze und höhere Sätze für Bildung und Entwicklung der Kinder und Jugendlichen,
- * mehr und langfristige Stellen im Non-Profit-Sektor,
- * mehr und bessere Zuverdienstmöglichkeiten,
- * einen allgemeinverbindlichen gesetzlichen Mindestlohn,
- * mehr Engagement in der Sozialarbeit,

- * Erhalt und Ausbau der Beratungsangebote,
- * projektunabhängige Grundförderung der Beschäftigungsgesellschaften.

„Das Tribunal wendet sich an die Betroffenen und potentiell Betroffenen und an alle die gegen den „asozialen Sozialstaat“ auftreten wollen: Wehrt Euch!“

Der Moderator dankt allen Beteiligten: Wir wollen, dass die Hartz-Gesetze aufgehoben werden. Aber wir wissen: Der Weg dahin ist lang! Und darum brauchen die Erwerbslosen Mut und Hilfe, um den schlimmsten Auswüchsen des Hartz IV-Systems gewappnet entgegenzutreten. Objektiv führt Hartz IV zu realer Verarmung und ist Symbol für gesellschaftliche Ausgrenzung geworden.

Subjektiv haben wir alle es in der Hand, für einen existenzsichernden Lohn und gegen die Einschränkung der Lebensqualität den Kampf zu führen. Der aber muss solidarisch die noch arbeitenden und die schon ausgegrenzten Menschen zusammenführen.

Ein *Nachtrag* zu den Meldungen der Medien, den Äußerungen von Politikern und den Einschätzungen zum Problem des Tribunals in der Zeit danach.

Ausgehend von der Landespressekonferenz, zu der Christian Köpcke eingeladen hatte, wurde im Fernsehen, im Rundfunk und in der Presse über das Stattfinden des Tribunals und seinen Inhalt umfassend informiert.

Harsche Kritik zum Tribunal kam selbstverständlich von der CDU- und der SPD-Landtagsfraktion, deren Sprecher aber am Ort des Tribunals nicht gesehen wurden. So schrieb Harry Glawe für die CDU, dass das „Tribunal überzogen sei“, dass der Erwerbslosenbeirat „Alternativen schuldig“ bleibt, das Hartz IV nicht ausgrenzt sondern als „eine Brücke zurück in die Gesellschaft“ wirkt (immerhin bestätigt Herr Glawe die Einschätzung des Tribunals, dass Millionen Menschen aus der Gesellschaft (!) ausgegrenzt wurden) und „Dank Hartz IV muss bei uns im Land keiner unter der Brücke schlafen oder frieren“. *Nicht zur Kenntnis nehmen dass die Erwerbslosenparlamente und der Erwerbslosenbeirat sich seit dem Entstehen 1998 beständig mit Vorschlägen und Alternativen an die Politik und die Öffentlichkeit wandten, dass es seit 1990 wieder Obdachlosigkeit als gesellschaftliches Problem gibt und vielen Menschen der Strom abgeschaltet wird, weil sie die Kosten nicht mehr tragen können, ist allerdings ignorant und böswillig.*

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Jochen Schulte, behauptet sogar: „Die gemeinhin unter Hartz IV firmierenden Leistungen sollen dagegen nur vorübergehend Rahmenbedingungen schaffen, damit Arbeitssuchende in der Phase längerer Arbeitslosigkeit nicht in existenzielle Nöte geraten, insbesondere in den lebenswichtigen Bereichen Wohnung und Heizung.“ Und: „Menschen zu fördern aber auch zu fordern ist ein zutiefst soziales Konzept ...“ *Genau das Gegenteil ist eingetreten und die existenziellen Nöte werden mit jeder Preiserhöhung und jedem nutzlosen 1-€-Job größer. Und auch die Demokratie leidet darunter, denn „Aus persönlichem Misserfolg wird Staatsferne“ lautete die Schlussfolgerung aus einer Studie, des Münchener Instituts Polis/Sinus.*

Nur die Arbeitsmarktexpertin der Linksfraktion, Frau Regine Lück, betonte in ihrer Presseerklärung, dass Bundes- als auch Landesregierung „offenbar die betroffenen Menschen und die Realität längst aus den Augen verloren“ und bemängelte vor allem, dass sich die Landesregierung „aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik verabschiedet“ hat.

In umfassenden und ansprechenden Beiträgen haben der „Nordkurier“ und die „Ostseezeitung“ vom Tribunal berichtet. Am treffendsten brachte wohl Herbert Stekla im Leserbrief zum Beitrag der „OZ“ den Wert des Tribunals zum Ausdruck: „Das in Güstrow stattgefundene „Hartz IV-Tribunal“ ließ endlich auch einmal Menschen zu Worte kommen, die persönliche, schmerzliche und demütigende Erfahrungen mit den asozialen Hartz IV-Gesetzen des „Sozialstaates“ Bundesrepublik Deutschland machen durften.“ Und er schlussfolgerte: „Was in Güstrow ans Tageslicht gebracht wurde dürfte nur noch einige Ignoranten oder Böswillige überrascht haben.“

Das dürfte auch das wichtigste Ergebnis des Tribunals sein: Im Zusammenhang die Probleme der betroffenen Menschen deutlich gemacht zu haben. Einzelschicksale werden von der Presse häufig aufgegriffen. Und das ist gut so. Das Verdienst der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Tribunals besteht darin, hinter dem Einzelschicksal das System deutlich gemacht zu haben, das die Menschen ohne eigene Schuld demütigt und in die Armut abdrängt.

Allen Kritikern des Tribunals schrieb wenige Tage danach der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur ins Tagebuch: Die Zusammenarbeit in den ARGEn sei eine „Katastrophe“ (also ein „Unglück von großen Ausmaßen und entsetzlichen Folgen“) – so weit war nicht einmal das Tribunal gegangen. Und das Ganze sei einem „Mitternachtsbierdeckelkompromiss von beruflich unerfahrenen Menschen“ geschuldet. Herr Weise hat das im Deutschlandradio Kultur auch mit Beispielen belegt, die ähnlich auch auf dem Tribunal zur Sprache kamen.

Und wer weder dem Tribunal noch Herrn Weise glaubt, den wird wohl der Prüfbericht des Bundesrechnungshofes „Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende“ im Jahr 2007 überzeugen.

Erst wenn nicht mehr Geld und Statistikbereinigung im Mittelpunkt der Arbeit der Bundesagentur, der ARGEn und der Optionskommunen stehen und der Mensch nicht mehr als Kostenfaktor sondern als wichtigstes Objekt und Subjekt der Politik in der Gesellschaft beachtet wird, kann der Sozialstaat tatsächlich als solcher wieder funktionsfähig werden.

Beschlossen durch den Erwerbslosenbeirat am 27.08.2008 in Schwerin und veröffentlicht unter“ www.elb-mv.de“.

Programm- und Strukturvorschlag für ein Netzwerk Gesundheitsförderung im Alltag für Alle (GiA)

Zielsetzung

Ziel des Netzwerkes ist es , zusätzlich zu den bestehenden settingorientierten Ansätzen der Gesundheitsförderung (in Bildungs- , Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, Betrieben und Verwaltungen) auch in den nicht institutionell strukturierten, lebensweltlichen Bereichen der Alltagsgestaltung der Menschen partizipative Angebote und Programme der Gesundheitsförderung auf der Grundlage der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der WHO zu entwickeln und zu realisieren.

Im Mittelpunkt stehen dabei die Lebensverhältnisse derjenigen Menschen , deren Alltagsgestaltungen nicht primär durch betriebliche Lohnarbeitsverhältnisse oder öffentliche Bildungs- und Arbeitsverpflichtungen institutionell strukturiert werden, sondern die in eigener Regie eine sinnstiftende und gesunderhaltende Lebensgestaltung auch bei prekären, belastenden oder krisenhaften Lebensentwicklungen zu meistern haben.

Dies betrifft nicht nur die zunehmende Zahl der Rentner und Pensionäre , die potentiell noch einen erheblichen Lebensabschnitt in einer sozial und kulturell produktiven Weise selbstbestimmt gestalten können. Ebenfalls zunehmend betrifft dies auch Frauen und Männer, die in früheren Lebensabschnitten entweder auf eigenen Wunsch etwa im Zusammenhang mit Familiengründungen oder selbstständiger Erwerbstätigkeit oder durch schicksalshafte Entwicklungen im Zusammenhang mit Arbeitsplatzverlust, Krankheiten oder anhaltenden Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit ihren Alltag auch unter widrigen Lebensumständen selbstständig zur Erhaltung ihrer Gesundheit und ihrer Lebensqualität strukturieren müssen.

„Gesundheit entsteht und vergeht im Alltag der Menschen, dort wo sie leben , lieben , arbeiten und spielen“ heisst es in der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung der WHO , die damit die gesundheitspolitische Aufmerksamkeit auf die Lebensqualität des Alltags der Menschen richten will.

Unter den Bedingungen von Hartz IV-Bezügen einen gesundheitsfördernden Familien-Haushalt zu organisieren , ist zum Beispiel eine äusserst anspruchsvolle Planungs- und Organisationsleistung, die eine hohe persönliche Gesundheitskompetenz voraussetzt, über die viele der Betroffenen nicht ausreichend verfügen, da sie weder in ihrer familiären Sozialisation noch in den öffentlichen Bildungseinrichtungen dafür vorbereitet oder unterstützt wurden.

Die Ausmaße sozial bedingter Ungleichheiten von Gesundheitschancen werden in den Städten und Gemeinden inzwischen offenkundig, da sich in entsprechenden Lebenswelten des Alltags häufig berufliche , finanzielle , räumliche, psychosoziale, gesundheits- und bildungsbezogene Einschränkungen in prekären Abwärtsspiralen wechselseitig verstärken und potenzieren und zu krisenhaften sozialen , psychischen und körperlichen Fehlfunktionen bis zu persönlichen Zusammenbrüchen führen.

Diese gesundheits-zerstörerischen Entwicklungsprozesse sind keineswegs auf die gesellschaftliche Unterschicht begrenzt, sondern sie finden sich gehäuft auch bei Menschen mit einem höheren gesellschaftlichen Status, denen ein sozialer Abstieg durch prekäre Lebenskonstellationen droht, denen sie sich nicht gewachsen fühlen.

Unter dem Gesichtspunkt der gesundheitlichen Chancengleichheit ist auch von Bedeutung , dass die Gesundheitskompetenz von Männern im Alltag durchschnittlich deutlich geringer entwickelt ist als die von Frauen. Eine Differenz von mehr als 5 Jahren in der durchschnittlichen Sterberate weist auf die Fatalität dieser Situation hin.

Programm

Das Deutsche Netzwerk Gesundheitsförderung im Alltag für Alle sucht hier in Ergänzung der bestehenden settingorientierten Netzwerke der Gesundheitsförderung neue wirksame Unterstützungsmöglichkeiten in den informellen Lebenswelten des Alltages der Menschen. und bemüht sich hier um eine Verringerung ungleicher Gesundheits- und Lebenschancen.

Zur aktiven Mitwirkung sind Personen und Organisationen eingeladen, denen daran gelegen ist, jenseits profitorientierten Kommerzes und bürokratischer Bevormundungen die Entwicklung von selbstbestimmten „Inseln praktischer Lebensweisheit, sinnhafter Lebensfreude und solidarischer Vernunft“ in den Lebenswelten des Alltages zu verwirklichen und dadurch einen bürgerschaftlichen Beitrag zu einer gesundheitsfördernden Lebenskultur in den Städten und Gemeinden zu leisten.

Die Ausgangspunkte für entsprechende Aktivitäten können vielfältig sein:

- Familiäre Lebensgemeinschaften und nachbarschaftliche Haushalte
- Selbsthilfe-Gruppen und Bürger-Initiativen
- Vereine und Stadtteilgruppen
- Sport- und Kultureinrichtungen
- Soziale Dienste und Gesundheitseinrichtungen
- Restaurants und das Lebensmittel-Gewerbe
- Produzierende Betriebe und verbreitender Handel
- Handwerk und Dienstleistungsgewerbe
- Öffentliche Medien und Informationsdienste
- Seniorengruppen und Arbeitslosen-Initiativen
- Landfrauen und Stadstreicher
- Männergruppen und Jugend-Gangs
- und andere mehr

Als gemeinsame Handlungsgrundlage dient die Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung und ein ganzheitlich orientiertes Programm „10 Dimensionen der Gesundheitsförderung im Alltag“, das im Rahmen der Netzwerk-Aktivitäten für unterschiedliche spezifische Alltagsinteressen ausdifferenziert wird.

Das Programm verbindet zwei verschiedene Aspekte einer gesundheitsfördernden Lebensweise im Alltag:

- A. Die Fokussierung des Alltagsbewusstseins auf grundlegende Dimensionen einer gesundheitsfördernden Alltagsgestaltung, mit dem Ziel, sich von gesundheits- und sozialschädlichen Lebensroutinen und Verhaltensweisen, kommerziellem Konsum- und sozialem Anpassungsdruck, verdummenden Informationen und belastenden Umwelteinflüssen zu befreien, um ggf. auch bei eingeschränkten materiellen und finanziellen Ressourcen und sozialen Teilhabemöglichkeiten zu einem gesundheitsfördernden Lebens-Engagement und einem balancierten Wohlbefinden auf dem individuell jeweils möglichen Lebensniveau zu gelangen.
Zielperspektive ist die Aneignung einer alltagspraktischen Gesundheitsphilosophie und individuellen Lebensgestaltung, die dem eigenen Leben auch in einem erweiterten gesellschaftlichen Kontext Sinn, Bedeutung und eine positive Ausstrahlung verleihen kann.
- B. Die Sammlung und Verbreitung von praktisch bewährten Optionen und Verfahren der Gesundheitsförderung im Alltag in der Fokussierung auf 10 grundlegende Dimensionen mit dem Ziel, ein anteilnehmendes, entwicklungsförderndes, solidarisches, gerechtes, sinnhaftes und nachhaltiges Zusammenleben von Menschen und ein entsprechend balanciertes Lebens-Engagement auch in einem erweiterten gesellschaftlichen Horizont zu fördern.
Zielperspektive ist ein Empowerment-Prozess im Sinne der Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung.

Strukturbildung

Der Aufbau des Netzwerkes „Gesundheitsförderung im Alltag“ wird zunächst für drei Jahre treuhänderisch von der „GesundheitsAkademie. Forum für sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebenskultur e.V.“ verantwortlich koordiniert.

Interessensbekundungen und Angebote zur aktiven Mitwirkung und Unterstützung der Netzwerk-Aktivitäten sind daher an die Kontaktadresse der GesundheitsAkademie zu richten.

Die GesundheitsAkademie erhält im Rahmen der Kooperationsbeziehung mit der Hochschule Magdeburg-Stendal durch den dortigen Studienbereich „Gesundheitsförderung und –management“, den Berufsverband „Gesundheitsförderung“ e.V. und den Kooperationsverbund „Hochschulen für Gesundheit“ e.V. wissenschaftliche und praktische Unterstützung und wird daher in Magdeburg für die Koordination der Netzwerk-Aktivitäten eine eigene Geschäftsstelle einrichten.

Bis zum Juli 2007 ist die Bildung eines erweiterten Trägerkreises und eines Förderkreises vorgesehen, der über die künftigen Programm- und Projekt-Entwicklungen regelmässig berät und den Aufbau der Netzwerk-Strukturen und –Aktivitäten aktiv unterstützt.

Zur Mitwirkung sind eingeladen

- Berufs- und Branchenverbände,
- Wirtschaftsbetriebe mit einem ethischen Anspruch
- Sozialversicherungen und private Versicherungen
- Stiftungen
- Engagierte Einzelpersonen
- und weitere Organisationen, die das Programm des Netzwerkes „Gesundheitsförderung im Alltag für Alle“ aktiv unterstützen wollen.

Folgende Teilstrukturen sollen im Rahmen der Programmentwicklung aufgebaut werden:

1. Bildungs- und Qualifizierungs-Netzwerk

Aufgabe dieses Netzwerkes ist es, Bildungsangebote zur „Gesundheitsförderung im Alltag“ für verschiedene Zielgruppen auszuarbeiten, MentorInnen für die Kurs-Durchführung zu qualifizieren und entsprechende Kurse und Bildungsangebote in Zusammenarbeit mit interessierten Organisationen zu organisieren.

2. Praxis-Netzwerk

Aufgabe dieses Netzwerkes ist es, Professionelle vor allem aus dem Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- und Umweltbereich an der Entwicklung von geeigneten Infrastrukturen für die Information, Beratung und Unterstützung von lokalen Aktivitäten der Gesundheitsförderung im Alltag zu beteiligen und Konzepte für entsprechende Organisationsentwicklungen in öffentlichen Einrichtungen, privaten Praxen, selbstorganisierten Projekten oder neuen Betriebsformen zu erarbeiten

3. Wirtschafts-Netzwerk

Aufgabe dieses Netzwerkes ist es, die Produktion und die Verbreitung von Gebrauchsgegenständen und Dienstleistungen zu unterstützen, die von ihrem Gebrauchswert, ihrer Qualität und den Kosten einen vorbildlichen Beitrag für eine nachhaltige Gesundheitsförderung im Alltag leisten können.

Die Mitglieder des Netzwerkes unterstützen sich bei den Entwicklungen neuer Produkte und Dienstleistungen, der gemeinsamen Vermarktung und bei der Qualitätssicherung und erproben neue Wirtschaftsformen, um auch ärmeren Bevölkerungsgruppen den Zugang zu hochwertigen gesundheitsrelevanten Gebrauchsgegenständen, Dienstleistungen und Produkten im Alltag kostendeckend zu

ermöglichen.

4. Forschungs- und Entwicklungsnetzwerk

Aufgabe dieses Netzwerkes ist es, systematische Untersuchungen zur Gesundheitsentwicklung im Alltag in unterschiedlichen Lebenswelten und sozialen Milieus durchzuführen und die Entstehungsbedingungen und Beeinflussungsmöglichkeiten sozial und ökologisch bedingter sowie geschlechts- und konstitutionsbezogener Ungleichheiten von Gesundheitschancen zu untersuchen. Hierzu sollen auch neue partizipative Methoden der Gesundheits- und Sozialforschung im Alltag entwickelt und erprobt werden. Mit Verfahren der Markt- und Trendforschung einerseits und der Kreativitäts- und Zukunftsforschung andererseits sollen Entwicklungsvorhaben des Praxis-, des Wirtschafts- und des Politik-Netzwerkes unterstützt werden.

5. Netzwerk Nachhaltige Lebensweisen und Gesundheit für Alle im Alltag

Aufgabe dieses Netzwerkes ist es, politische und praktische Synergien mit korrespondierenden Initiativen und Aktivitäten im Kontext der UN-Programme zur nachhaltigen Entwicklung und der WHO-Programme zu einer gerechteren Gesundheitsentwicklung und Gesundheitsförderung zu suchen und öffentlich zu kommunizieren.

Ein Schwerpunkt dieses Netzwerkes wird die Entwicklung integrierender Programme für die kommunale Gesundheitsförderung sein, in denen Erfahrungen des Lokalen Agenda 21 – Prozesses, des Gesunde- Städte- Netzwerkes und des Programmes Soziale Stadt zusammengeführt und in Kooperation mit internationalen Partnern weiter entwickelt werden können.

Kontaktadresse:

GesundheitsAkademie.

Forum für sozialökologische Gesundheitspolitik und Lebenskultur e.V.

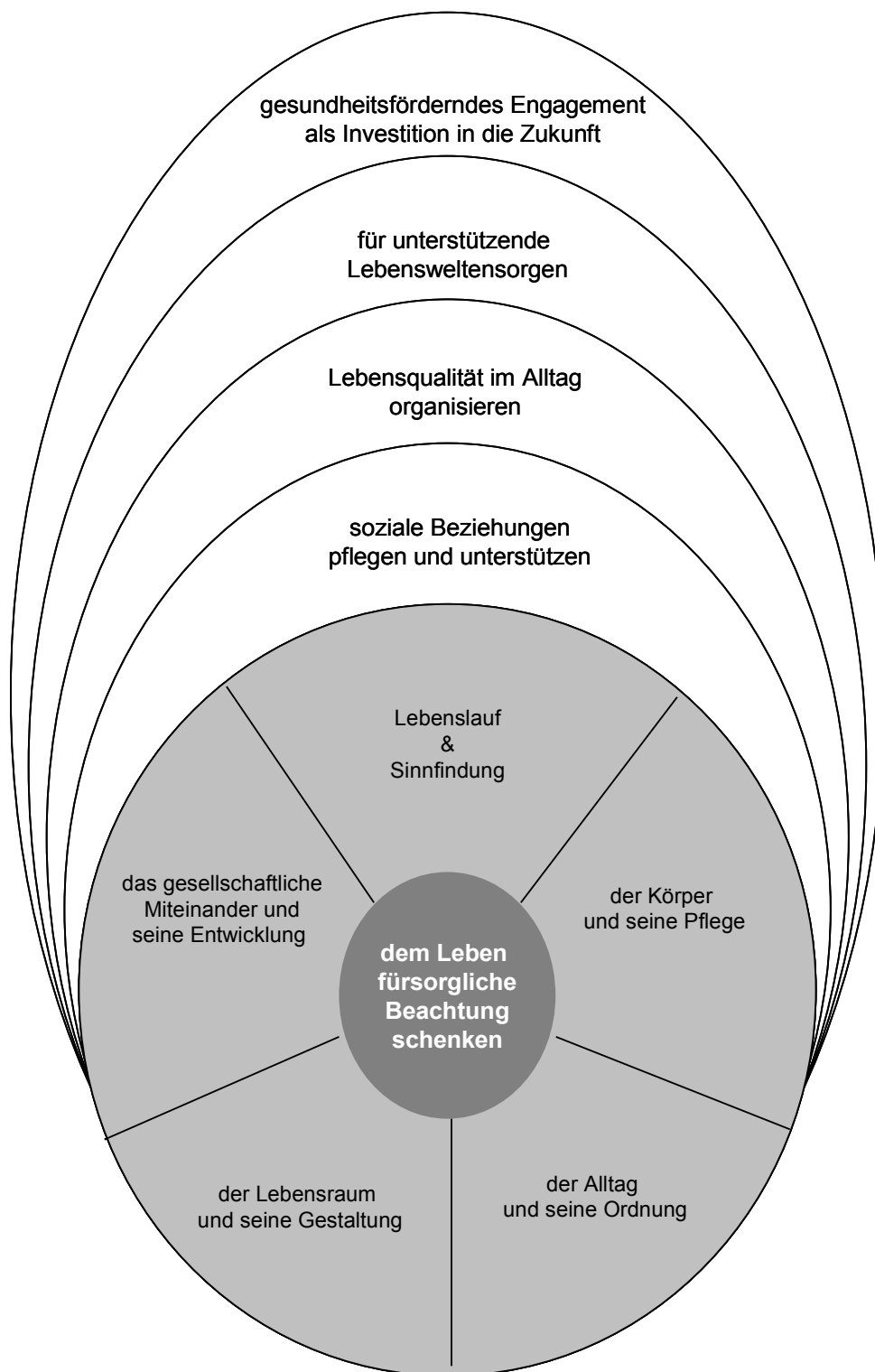
Breite Str.8

33602 Bielefeld

email: akademie@gesundheits.de

Geplant ist für den **12. – 14. Februar 2009 in Magdeburg** eine Werkstatt-Tagung, bei der die skizzierten Elemente des Netzwerkes mit InteressentInnen ausführlich diskutiert werden.

InteressentInnen mögen sich bitte direkt per email an eberhard.goepel@hs-magdeburg.de wenden und erhalten dann die Tagungs-Unterlagen zugesandt.



Gesundheitsfördernde Gesundheitspolitik
unterstützende Umwelten
Neuorientierung der Gesundheitsdienste
Gemeinschaftsaktionen unterstützen
Persönliche Kompetenzen entwickeln

Handlungsformen der Ottawa-Charta	Kohärenzsinn nach Antonovsky
Interessen vertreten und Partei ergreifen	sinnstiftend
Befähigen und Ermöglichen	verständlich
Vermitteln und Vernetzen	handhabbar

Studienaufbau

Der Studiengang besteht aus vier thematischen Modulen und einem forschungsmethodischen Modul. Im fünften oder wahlweise sechsten Semester werden Intensivseminare und Forschungswerkstätten angeboten.

Modulverantwortliche

- Wissenschaftliche Zugänge zum Handlungs- und Forschungsbereich
Prof. Dr. Susanne Elsen, München
- Politische, rechtliche und soziale Strukturen und Akteure im Gemeinwesen
Prof. Dr. Tilo Klöck, München
- Aktivierung, Partizipation, Selbsthilfe und Selbstorganisation im Kontext von Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und lokaler Ökonomie
Prof. Dr. Günter Rausch, Freiburg
- Konzeption und Management von Projekten und Unternehmen im Gemeinwesen
Dr. Burghard Flieger, Freiburg
- Forschungswerkstätten und eigene Forschungspraxis
Prof. Dr. Isidor Wallimann, Basel

Veranstaltungsort

Die Präsenzphasen finden in den Räumen des Instituts für Jugendarbeit in Gauting bei München statt.

Darüber hinaus sind Inhalte in angeleitetem Selbststudium (z.T. internetgestützt) zu erarbeiten.

Prüfungsordnung

Die Studien-, Prüfungs- und Zulassungsordnungen basieren auf den Vorgaben des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Der Master of Arts, M. A. «Community-Development» wird durch die Hochschule München erteilt.

Zugang zur Promotion

Geeignete Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs erhalten Zugang zu Promotionsmöglichkeiten.

Information und Kontakt

Kontakt Information, Koordination und Studienadministration:
Dipl. Soz. Päd. Marga Mitterhuber
Gesamtleitung:
Prof. Dr. Susanne Elsen
elsen@hm.edu
www.macd.hm.edu

Fakultät für angewandte Sozialwissenschaft
Hochschule München
Am Stadtpark 20
81243 München

Anmeldungen Werden laufend entgegen genommen
macd@hm.edu

Akkreditierung Der Studiengang wurde den Empfehlungen der deutschen Kultusministerkonferenz entsprechend, akkreditiert. Die Zulassung zum höheren Dienst wurde erteilt. Die Zertifizierung auf europäischer Ebene ist erfolgreich abgeschlossen.

Studiengebühr 6.000 Euro. Eine Ratenzahlung ist möglich. Zusätzlich entstehen Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Fahrten im Rahmen der Intensivseminare.

Bildnachweis: www.photocase.com

Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie


berufsbegleitender,
europäischer Studiengang
in Kooperation deutschsprachiger
Hochschulen

Master

HOCHSCHULE
FÜR ANGEWANDTE
WISSENSCHAFTEN · FH
MÜNCHEN

Fakultät für Angewandte
Sozialwissenschaften
Am Stadtpark 20
81243 München

macd@hm.edu



Gemeinwesenentwicklung, Quartiermanagement und Lokale Ökonomie

Der weiterbildende Masterstudiengang qualifiziert zu Tätigkeiten in der Praxisentwicklung, Forschung und Lehre in Feldern der nachhaltigen sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung lokaler und regionaler Räume.

Er vermittelt relevantes Analyse- und Handlungswissen zur Konzeption und Umsetzung integrierter Lösungsansätze insbesondere in ökonomisch und sozial benachteiligten städtischen und ländlichen Gebieten.

Es handelt sich um einen interdisziplinären Studiengang, der zwischen Theorie und Praxis verortet ist und aktuelle Ansätze des Community Development im internationalen Raum berücksichtigt.

Arbeitsmarktperspektiven

Aktivierende, sozialraumbezogene Forschung und Entwicklung und die Förderung Lokaler Ökonomie gewinnen als Antworten auf die komplexen Probleme des ökonomischen und sozialen Strukturwandels und seiner Folgen an Bedeutung.

Professionelle in der Gemeinwesenentwicklung sind planend, aktivierend, leitend, koordinierend und forschend in Prozessen sozialräumlicher Transformation und nachhaltiger Entwicklung tätig.

Handlungsfelder liegen in den Bereichen Gemeinwesenarbeit, soziale Kommunalpolitik, soziale Wohnungswirtschaft, Entwicklungszusammenarbeit, Aufbau und Leitung von Organisationen im «Dritten Sektor», lokale Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, Gemeinwesenökonomie, Quartiermanagement sowie soziale Stadt- und Regionalentwicklung.

Im Zentrum stehen die Partizipation insbesondere benachteiligter Gruppen und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

Organisation

Kooperative Trägerschaft

Der Studiengang wird getragen von einem Kooperationsverbund von Hochschulen in der Schweiz, Deutschland und Österreich.

- Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit Basel:
Prof. Dr. Isidor Wallimann
- Hochschule für Soziale Arbeit, Zürich:
Prof. Dr. Markus Brändle-Stöh
- Evangelische Fachhochschule, Freiburg im Breisgau:
Prof. Dr. Günter Rausch
- Alice-Salomon-Hochschule, Berlin:
Prof. Dr. Christine Labonté
- Fachhochschule für Sozialarbeit, Campus Wien:
Dr. Barbara Bittner
- Hochschule München:
Prof. Dr. Susanne Elsen (Studiengangsleitung)
-

Dozentinnen und Dozenten

Namhafte Personen aus Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit Erfahrungen in der Praxisentwicklung, Lehre und Forschung im Bereich nachhaltiger lokaler Entwicklung arbeiten an diesem Studiengang mit.

Wissenschaftlicher Beirat

- *Prof. Dr. Silvia Staub-Bernasconi*, TU Berlin
- *Prof. Dr. Adelheid Biesecker*, Universität Bremen
- *Prof. Dr. Dr. Robert Hettlage*, Universität Regensburg
- *Prof. em. Dr. Heinz Ries*, Universität Trier
- *Prof. Dr. Lothar Böhnisch*, Universität Dresden
- *Prof. Dr. Heiner Keupp*, Universität München

Zielgruppe und Zulassung

Zielgruppe

Das Angebot richtet sich an Absolventinnen und Absolventen von Studiengängen Sozialer Arbeit sowie anderer Studiengänge, die in einem nachvollziehbaren Zusammenhang mit den Zielen des Masterstudiengangs und dessen Handlungs- und Forschungsfeldern stehen, z.B. Soziologie, Wirtschafts- und Sozialgeographie, Raumplanung, Kulturwissenschaft, Stadtentwicklung, Erziehungswissenschaft und Volkswirtschaftslehre.

Zulassung

- Die Teilnahme setzt den Diplom- oder Bachelorabschluss von einer Universität oder Fachhochschule voraus. Der Abschluss der Sozialakademie ist ebenfalls zulässig.
- Eine zweijährige berufliche Praxis nach dem ersten Studienabschluss ist für die Zulassung zum Studium erforderlich.
- Die Zulassung erfolgt auf der Basis einer schriftlichen Bewerbung und eines Eignungsgesprächs.
- Zugelassen werden maximal 25 Studentinnen und Studenten.



Aufruf

Zur Schaffung eines Ortes zum Erinnern und Nachdenken: „Kein Mensch ist asozial!“

Während des Nationalsozialismus wurden verschiedene Personengruppen per Gesetz als sogenannte Asoziale gebrandmarkt. Fürsorgeempfänger, arme Familien, „Nichtsesshafte“, Menschen mit Verhaltens- oder körperlichen Auffälligkeiten, Inhaftierte und so bezeichnete Arbeitsscheue gerieten wegen den rassenbiologischer Gesetze in den Fokus der Verfolgung der Reichsanstalt für Arbeit, von Fürsorgeämtern, Geheimer Staatspolizei, Kriminalpolizei und NS-Justiz. Diese Verfolgungen, die bei den Wohnungslosen bereits vor 1933 einsetzten, gipfelten 1938 in repressiven Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei und der Kriminalpolizei und sie führte 1942 zur Aktion gegen die „Sicherungsverwahrten“ der NS-Justiz. Die sogenannten Asozialen wurden überwiegend in Konzentrationslagern inhaftiert, dort zur Zwangsarbeit gepresst und vernichtet oder in Heil- und Pflegestätten entmündigt, sterilisiert und vielfach vergast.

Aufgrund der intendierten Fremdzuschreibung der Eigenschaft „asozial“ und der so gewollten Gleichmachung mit Kriminellen haben sich von den einzelnen stigmatisierten Opfergruppen keine Kräfte zusammengefunden, die sich für die kollektive Rehabilitierung und Entschädigung einsetzen. Stattdessen herrschte allgemein die landläufige Auffassung vor, dass „Asoziale“ an ihrem Verhalten selbst schuld waren und daher keiner Rehabilitierung bedurften.

Als Arbeitskreises „Marginalisierte – gestern und heute!“ meinen wir, dass das Verhalten von Menschen keine Rechtfertigung ist für ihre Verfolgung und darauffolgende Deportation und Internierung in Konzentrationslager und für ihren massenhaften, industriell organisierten Mord.

Die Forschung zur NS-Opfergruppe „Asoziale“ steckt bundesweit in den Kinderschuhen. Die Spurensuche betreiben überwiegend Ehrenamtliche unterstützt von wenigen ForscherInnen und Institutionen. Für eine Befassung mit dieser Opfergruppe sehen Bund und Länder keinen Handlungsbedarf (BT-Drs. 16/94059). Die neue Gedenkstätten - Konzeption des Bundes (BT-Drs. 16/9875) enthält im Prinzip weder einen politischen Platz noch finanzielle Voraussetzungen, dieser Gruppe angemessen zu gedenken.

Die Nicht-Aufarbeitung der Schicksale sogenannter Asozialer fördert das Vergessen dieser NS-Opfer, unterstützt eine Entsorgung und enthistorisierende Luxus-Sanierung von Gebäuden, wie z. B. der Arbeitshäuser in Berlin Rummelsburg. Zudem leistet sie einem politischen wie auch gesellschaftlichen Wiederaufleben der Zuschreibung „Asozial“ auf Einkommensarme und/ oder Erwerbslose und die Zunahme der institutionalisierten Willkür gegen sie Vorschub. Wir wollen der zunehmenden Diskriminierung, Ausgrenzung, Kriminalisierung, Verfolgungsbetreuung entgegenwirken, die nicht selten zu Verzweiflung und Tod von Einkommensarmen und Unangepassten führt

Dazu suchen wir Ihre und Eure Unterstützung und Kooperation, um einen europäischen Ort des Erinnerns und Nachdenkens in Berlin zu schaffen, in deren Mittelpunkt die Verfolgung sogenannter Asozialer im NS-Staat steht. Der Ort des Erinnerns und Nachdenkens soll einen musealen Gedenkort, einen Lernort, eine Begegnungsstätte sowie ein Studien- und Forschungszentrum umfassen. Auch schon vorhandenes Material, wie von Euch erstellte Dokumentationen, Recherchen, Ausstellungen etc., das Ihr uns zur Verfügung stellen würdet, nehmen wir gerne an.

AK „Marginalisierte – gestern und heute!“

Per Post bitte an: AK „Marginalisierte – gestern und heute!“ c/o Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin oder eMail unter <http://marginalisierte.de/contact-info>
(Vorabfassung)

Name	Anschrift	Initiative	Unterschrift

Zukunftswerkstatt Jena

www.zw-jena.de

Diese Seite versucht eine Übersicht über die Themenbereiche zu geben, mit denen wir uns in der Zukunftswerkstatt beschäftigen. Wir sind zu vielen Themen keine Experten im Sinne von Fachwissenschaftlern, die das entsprechende Themengebiet studiert haben und aktuell auf diesem Gebiet arbeiten.

Trotzdem widmen wir uns diesen Themen und versuchen sie aufzuarbeiten. Wir können dabei auf vielfältige Unterstützung zurückgreifen: Das www bietet eine Fülle von Informationen und die Möglichkeit des Informationsaustausches. Wir stellen erworbenes Wissen uns selbst bei Wochenendseminaren und öffentlich vor und fördern eine kritische Diskussion. Eine Kritik ist dabei immer ein Hinweis, unsere Sicht auf das betreffende Problem zu erweitern, zu ändern, weiter zu entwickeln. Wir sind dafür immer aufgeschlossen.zeitgeschichtliche Themen

Zeitgeschichtliche Themen

Unsere zeitgeschichtlichen Themen sind eine lose Sammlung von Themen, Positionen und Engagements der Zukunftswerkstatt Jena. Zur Zeit betreffen diese vor allem das Internet.

Thema Energie und Zukunft

Energie ist eine grundlegende Größe menschlicher Lebenstätigkeit. Alles, was Menschen herstellen, was sie benutzen, benötigt in irgendeiner Form Energie. Heute ist Energie quasi zu einem Lebenselixier geworden. Gleichzeitig erweist sich der ungehemmte Energieverbrauch als problematisch: Er wirkt quasi als Klimakiller und untergräbt unsere Lebensgrundlagen. Wie gehen wir mit diesem Problem um? Welche Zusammenhänge bestehen zwischen Klimaveränderung, Energieverbrauch und unserer Lebensweise? Dazu, und speziell zur Frage der Kernkraft als Angebot zur Lösung der Klimaprobleme durch die Energiewirtschaft, haben wir unsere Energiethesen erarbeitet.

Thema Arbeit und Zukunft

Arbeit ist eines der wesentlichen Merkmale, die einen Menschen charakterisieren. Arbeit ist jedoch heute für den einzelnen Menschen etwas durchaus sehr verschiedenes: Stress für den, der 60 Stunden und mehr in der Woche arbeiten muss und mit dem Geld doch kaum auskommt; Verlust an Lebensart für den, der keinen Job hat oder aber auch Erfüllung für jemanden, der seinen gut bezahlten Traumjob gefunden hat und diesen kreativ und erfüllend ausfüllen kann.

Trotz allem tauchen zunehmend Probleme auf: Arbeit richtet sich gegen unsere Lebensgrundlagen, zerstört unsere Umwelt. Technische Entwicklungen, wie die Gentechnik werden einfach in unseren Alltag eingeführt, ohne dass alle Folgen bekannt wären. Wie kann unser solchen Gegebenheiten eine humane Zukunft aussehen?

Menschliche Gesellschaft und Zukunft

"Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer."
[Marcus Lucius Annaeus Seneca]

Warum werden Erfolgsmeldungen der Regierung, die in ihrer Wirkung nur für Konzerne und Gutverdiener positiv sind, von den meisten Menschen als Erfolg anerkannt? Warum wird eine solche recht einseitige Betrachtungsweise von den allermeisten Menschen hingenommen, obwohl vielen dabei irgendwo unwohl ist? Warum sind wir in der Denkweise eines Marktes mit massiver Einflussnahme durch die Mächtigen verhaftet und empfinden das etwas normales? Warum fällt es uns so schwer oder ist uns gar unmöglich eine Gesellschaft auf der Basis solidarischer, menschlicher Beziehungen nicht auf der Basis von Geldbeziehungen zu denken? Können wir überhaupt "hinter die Kulissen" schauen?

Büro für soziale Erfindungen (Heinrich Hausmann)

Wohnprojekt WigWam ging aus einem offenen Stammtisch vom **Ökozentrum** hervor. An Denktagen „Vom Prospekt zum Projekt“. Projektbesichtigung. Bedürfniserkundung um sich ausschließende Dinge gemeinsam zu klären (Stadt – Land, Haus- - Wohngemeinschaft – Nachbarschaft, Kinder – Generationen ...) Derzeit besteht die Gruppe aus etwa 24 Leute.

Cent des Merlin: Einkaufsmöglichkeiten, zur Vermeidung von Zinsen, wird Vorkasse gemacht ...

Artabana Regionalgruppe zur Gesundheitsversorgung

Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen zu **Abfallberatern**, bedienen auch die Tafel mit fast verfallenen Waren. **Stellenfinder:** Meldung da, wo eine Stelle notwendig erscheint (auch als Kunde), dort eine Meldung lassen, eine selbst behalten und eine geht an das Arbeitsamt. Ggf. dann gemeinsame Finanzierungsmöglichkeiten, -kooperationen entwickeln und den Bedarf / die Stelle wird eingerichtet.

Heinrich Hausmann, Schongauerstr. 3, 90408 Nürnberg, 0911-3820488

heirich.hausmann@t-online.de

Küstenakademie - Projekt Neue Chance (Wolf-Dieter Klein)

DerProjektbereich der AG SPAK beinhaltet Kurse und Arbeitstagungen mit behinderten und nichtbehinderten

AG SPAK Bücher (Waldemar Schindoski)

Samstag Abend

TOP 5: Beitragen statt Tauschen (Christian Siefkes)

Christian hielt seinen Vortrag im neuen Vortragsraum der Kommune. Es waren außer den Seminarteilnehmern auch Mitglieder der Kommune dabei.

Der Vortrag und die Diskussion wurde aufgenommen. Das Tondokument ist noch nicht bearbeitet. Folien sind im Internet zu finden unter

<http://peerconomy.org/mediawiki/images/7/76/Einfuehrung-peer-oekonomie.pdf>

Eine Besprechungen befindet sich unter

http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_siefkes.html

Ein Auszug aus dem Buch:

Peer-Produktion

Zu Beginn dieser Untersuchung wird es um einige Eigenschaften gehen, die für die Peer-Produktion charakteristisch sind. Um Verwirrung zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, dass

der Begriff Produktion hier in einem weiten Sinn verwendet wird, der jede Aktivität einschließt, bei der etwas erzeugt oder getan wird, das für Menschen von Nutzen ist. Produktion in diesem Sinn beinhaltet nicht nur den Entwurf und die Herstellung neuer Dinge, sondern beispielsweise auch Reparatur und Wartung sowie Dienstleistungen jeder Art und Hausarbeit. Benkler unterscheidet zwischen Peer-Produktion und sozialer Produktion, wobei er die erste als Unterkategorie der zweiten betrachtet. Wir werden dieser Unterscheidung hier nicht folgen und beide Begriffe weitgehend synonym verwenden.

Gemeingüter, Teilen und Kontrolle über die Produktionsmittel

Benkler verwendet den Begriff »Gemeingüter-basierte Peer-Produktion« (commons-based peer production), um die Art von Peer-Produktion zu beschreiben, die sich im Internet entwickelt hat (Freie Software, zentralisierte oder dezentralisierte Projekte mit Freien Inhalten wie die Wikipedia und die Blogosphäre, verteilte Rechenprojekte wie SETI@home usw.). Gemeingüter (commons) sind Ressourcen ohne Eigentümer, die ihre Verwendung kontrollieren könnten; sie sind für alle verfügbar, die sie nutzen wollen. Die Erzeugnisse solcher Peer-Projekte sind für gewöhnlich Gemeingüter und frei verfügbar für alle (oder zumindest für alle am Projekt Beteiligten).

In heutigen Peer-Projekten gehören die Ressourcen, die für diese Projekte benötigt werden (»Produktionsmittel« wie Rechenleistung und Internetzugang), meist Privatleuten, stehen

aber allen Beteiligten in ausreichendem Umfang zur Verfügung. Die Peer-Produktion erfüllt damit die alte marxistische Forderung, dass die Kontrolle über die Produktionsmittel in den Händen der Produzenten liegen sollte: Die Produktionsmittel sind entweder Gemeingüter, etwa wenn Peer-Projekte auf den Code und die Inhalte anderer Projekte zugreifen, oder sie bilden eine Art von Pseudo-Gemeingütern – Ressourcen, die für ihre Nutzer/innen problemlos verfügbar sind.

Information kann fast kostenlos kopiert werden; sie ist also leicht teilbar, ohne dass die Teilende sie verliert. Bei einigen Peer-Projekten werden Ressourcen geteilt, die diese Eigenschaft nicht besitzen, aber dies geschieht auf eine pragmatische Art, die keine erhebliche Belastung für die Teilenden darstellt. Menschen, die an Freien Funknetzwerken teilnehmen, teilen ihre überschüssige Netzwerkkapazität; die Teilnehmer von verteilten Rechenprojekten wie SETI@home¹ spendieren Rechenleistung, die sie nicht für andere Zwecke benötigen. Diese Philosophie des Teilens lässt sich als »Teile, was du kannst« formulieren – Teilen ist weitverbreitet, aber es wird von niemandem erwartet, etwas

wegzugeben, was man selbst braucht. In den Worten von Richard Stallman (2002, S. 46): »Wenn ich Spaghetti koche, will ich nicht, dass jemand anderes sie isst, denn dann kann ich sie ja nicht mehr selber essen!«

Freie Kooperation

Kooperation ist unverzichtbar für viele menschliche Tätigkeiten – sie kommt überall dort ins Spiel, wo mehrere Personen in eine Tätigkeit involviert sind. In Rahmen von Unternehmen oder Staaten beinhaltet Kooperation üblicherweise ein Element des Zwangs: Es gibt jemand, der einem sagen kann, was man zu tun hat – und das sollte man besser auch tun, sonst . . . !

In der Peer-Produktion fehlt dieses Element von Zwang. Niemand kann anderen etwas befehlen, und niemand muss anderen gehorchen. Das heißt nicht, dass es keine Strukturen gibt: Meist existieren Maintainer/innen, Administrator/innen oder andere Personen, die beispielsweise entscheiden können, welche Beiträge akzeptiert werden und welche nicht. Doch auch sie können die Beteiligten nicht zwingen, etwas zu tun, was sie nicht tun wollen.

Zudem beteiligen sich alle Mitglieder eines Projekts freiwillig. Niemand wird zum Mitmachen gezwungen, und es gibt keine Sanktionen, wenn man das Projekt verlässt. Ziele und innere Organisation eines Projekts hängen von den Beteiligten ab und entwickeln sich zusammen mit dem Projekt. Wenn einige der Teilnehmer/innen eines Projekts unglücklich mit bestimmten Aspekten des Projekts sind und die anderen nicht davon überzeugen können, diese zu ändern, können sie immer noch einen »Fork« des Projekts gründen: Sie können sich von den anderen trennen und ihr eigenes Ding machen.

Natürlich können diese Merkmale der Peer-Kooperation die Regeln der Geschäftswelt nicht außer Kraft setzen. In vielen großen Freie-Software-Projekten wird ein Teil der Entwicklungsarbeit von Unternehmen bezahlt. Für solche bezahlten Softwareentwickler/innen gelten die in Unternehmen üblichen Regeln – Angestellte müssen ihren Vorgesetzten gehorchen, Selbständige sind durch den Vertrag gebunden, den sie unterschrieben haben.

Doch diejenigen, die sich ohne Bezahlung an Peer-Projekten beteiligen, kooperieren frei miteinander und sind keiner Art von Befehlen unterworfen.

Koll und MV der Sozialpolitischen Geschichte

- AG SPAK - E-Koll
Nächstes Treffen: 2010 in Niederkaufungen
2009 Einladung nach Könnern (kombiniert mit Verlagstreffen)
oder auf dem Tagungsschiff (historischer Weserkahn) in Bremen/Bremerhafen
- SG-Mitgliederversammlung
Alte Vorstand bestätigt und neu gewählt: Hannelore Zimmermann, Marga Mitterhuber, Gertrud Salm und Dieter Koschek
Gefördert wurden in den letzten zwei Jahren ausschließlich AG SPAK Geschäftsstelle und AG SPAK Buchprojekte
Es gibt seit 2008 einen Mitglieder-Newsletter für die Mitglieder, wo eine eMail-Adresse vorliegt > Mitgliederpflege
Die Geschäftsstellenarbeit soll behutsam ausgebaut werden, um das Netzwerk AGSPAK/SG zu erhalten und zu pflegen.
Desweiteren wurde eine Bibliothek von Rolf Schwendters gesammelten Werken angeregt.

Kommune Niederkaufungen

Am besten ist natürlich ein vereinbarter Besuch der Kommune selber oder einer ihrer
Vorstellungsveranstaltungen.

Zum Fernstudium die website www.kommune-niederkaufungen.de

In der Kommune sind zwei Filme erhältlich

Wirtschaftswunder, arbeit und ökonomie in der kommune niederkaufungen, ein kurzfilm von andreas teuchert

Erinnern wir uns der Zukunft, Kommune Niederkaufungen, Die Kommune Niederkaufungen wird 20 Jahre jung, 1986 -2006, ein Film von Alber Koepfinger

Sowie ein Buch

20 Jahre Kommune – Momentaufnahmen aus Niederkaufungen, 2007, ISBN 978-3-00-021409-7

Stichwortprotokoll

Sozialpolitisches Forum 2008 in Niederkaufungen, 5. bis 7. Sept. 2008

Freitag Abend

Dieter: Rückblick SoPoFo+ Organisatorisches

TOP 1: Vortrag und Diskussion Rolf Schwendter: Konstituierung kritischer Sozialarbeit
Klemme kritischer Sozialarbeit Forderung nach politischer Arbeit und Hilfs-/selbstorganisierte Projekte, Professionalisierung der SA führte in den letzten Jahren zu Präkarisierung auch in der SA, einem Auseinanderdriften von Festangestellten und zeitlich befristeten Verträgen
Gibt es überhaupt eine kritische Dimension (z.B. Bewusstsein zwischen Hilfe und Herrschaft zu stehen) im Rahmen der SA, wichtig auch um Handlungsperspektiven entwickeln zu können. Perspektiven: Vernetzung und politische Arbeit. Andere Form von Ökonomie und Sozietät als Gegenposition entwickeln... diese Projekte gibt es nach wie vor, sie haben sich aber nicht gerade sprunghaft vermehrt. enorme Arbeitsverdichtungen im institutionellen Bereich. Kirchen springen nicht in die entstehenden Lücken, aber regional unterschiedlich die NeoNazis, Familiäre Netzwerke eher bei Ausländern, aber auch in anderen Nachbarschaften oder persönlichen Netzwerken. Es gab aber auch eine Entwicklung, dass Nachbarschaftspflege (z.B. Feste) einschläft.

TOP 2: Publikation und Tagung zu „Geschichte der Zukunft“

Entstanden in den Heidelberger Jahren, aus der Freundschaft mit Robert Jungk und anderen Zukunftsforschern, ggf. auch als Habilitation angedacht.

Zukunftsforschung betont die Prognose sehr ... Wiederlektüre der Marxschen Theoriebildung ... Niederschrift umfasste 800 Seite (war inhaltlich etwa 1/3), **Zur Geschichte der Zukunft** (vor 1914 – erschien 1982 bei Syndikat) + **Zeitgeschichte der Zukunft** (nach 1914 bis 1970 – erschien 1984). Verbunden mit den langen Wellen der Konjunktur, d.h. bestimmte Utopien entstehen z.B. immer in auf- oder absteigenden Zyklen. Ab 1981 mit dem 3. Band **Zur Struktur der Zukunft** begonnen. Manuskript wurde in den Jahren fertiggestellt und ist bislang nicht publiziert. Die beiden weiteren Bände sollten noch geschrieben werden **Zu den Klassen der Zukunft**. Hierzu gibt es bereits einen größeren Teil, vielleicht kann Rolf diesen Band noch fertig stellen. Es sind mindestens 300 verschiedene Klassenströmungen zu unterscheiden, wie soll bei einer derartigen Differenzierung solidarisches Handeln möglich sein. Wahrscheinlich nicht mehr folgt der Band **Staat – Weltmarkt – Realsozialismus**.

Rolf sollte die Rechte vom Verlag (Axel Rütters) wieder zurückholen.
Stichwortverzeichnis von Kassel. Rolf soll Fragen mit Gaga klären.

Samstag Vormittag

TOP 3: Die Erwerbslosenbewegung zwischen Regelsatz und Grundeinkommen

Hinrich Grams (BAGSHI): Stand der Existanzgeld Diskussion

Diskussion um Existenzgeld geht seit 1982, Veröffentlichung verschiedener Bücher. Kurzerläuterung der momentanen Forderungen rund ums Existenzgeld, aber es geht parallel und zunächst auch um kurzfristige Forderungen wie die Erhöhung des Regelsatzes, einen eigenständigen Regelsatz für Kinder, die Weitergewährung von besonderen Leistungen, ohne Zwang zu Arbeit bzw. Leistungen.

Esmuss einen radikalen Bürokratieabbau geben! Recht auf Teilhabe und ein Recht auf Geld. Die Forderung nach Existenzgeld ist der daraus folgende notwendige Schritt. Existenzgeld wird nicht als Brücke in den Arbeitsmarkt verstanden. Es besteht aber auf ein Anspruch auf einen Arbeitsplatz für jeden.

----- Fragen / Diskussion: Warum sollen Menschen ihr Grundrecht auf freie Berufswahl auf Arbeit in Anspruch nehmen, wenn sie Existenzgeld erhalten. Existenzgeld stärkt die Beschäftigten im unteren Sektor. Arbeitsmotivationen wurden andiskutiert...

Anne Alex: (Wegeweiserin in sozialpolitischen Landschaften)

Runder Tisch gegen Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung

Persönlicher Werdegang in die Arbeitslosen- und Erwerbslosenbewegung

Motivation: der Spaltung zwischen Erwerbstätige und Erwerbslose entgegenwirken.

Der Runde Tisch vernetzt die verschiedensten Landes- und Bundes-, und gewerkschaftliche Koordinierungsstellen. Verdi sehen das Existenzgeld als Bedrohung und haben ihre Arbeit am Runden Tisch eingestellt, wobei die Einzelpersonen z.T. noch dabei sind. Spaltung zum Existenzgeld und auch im Hinblick zum Arbeitszwang.

Internationale Kontakte werden weiter aufgebaut, spannend die Entwicklungen in den verschiedenen Ländern zu verfolgen. Zwangsumzüge und ihre geschönte Abbildung in der Statistik. Die Lage vom sozial Benachteiligten wird wenig in angemessener, würdiger Weise thematisiert. Dieses offizielle Klima macht viele Betroffenen fertig. Es gibt Bestrebungen viele aus Hartz IV herauszulösen und dabei schlechter gestellt werden.

Was ist wenn die Agenda 2010 auf 2010 geht. Zugangsschwelle wird ab 2012 nochmals erheblich erhöht, u.a. durch ausschließliche Meldemöglichkeiten übers Internet. Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Der Ansatz Existenzgeldes könnte in seinen Steueransatz hier einsetzen.

Edgar Schuh (Aktionsbündnis Sozialprozesse)

Das Aktionsbündnis ist eine freie Kooperation, keine Mitgliedschaft, einen

Koordinierungskreis. Aktionstag Hartzschluss

Forderungen: Mindestlohn 10 Euro (brutto) + Erhöhung des Regelsatzes auf 500 Euro + (Zwang?)

Aktuelle Aktion: Hartz IV - vorsätzliche Kürzung bei Schulkindern

Setzt argumentativ an den Ernährungssätze für Kinder an (7-13 Jahre – 72% des Regelsatzes) und Jugendliche (14-17 Jahre – 90% des Regelsatzes) erhöhen.

www.kinderarmut-durch-hartz4.de

TOP 4: Offener Raum:

- Netzwerk Erwerbslosenbeirat Mecklenburg/Vorpommern (Christian)
Die Anzahl der Börsen (Kleider, ...) nehmen zu.

aktuelles Thema: Schein und Sein der Beschäftigungspolitik in Mecklenburg/Vorpommern. M/V wird zum Billiglohnland, Qualifizierte wandern weiter ab.

- Gesundheitsakademie (Eberhard Göpel)
Kann man die heutigen Studenten wieder in Kontakt bringen mit Bewegungen bringen – hier speziell an kritische Gesundheitspolitik. Hin zu einer Selbstentfaltungsgesellschaft. Durch den Verlust von Zusammenhängen geht Wissen verloren. Mentale Gesundheit ist inzwischen bei den Krankenkassen Kostenfaktor Nr. 1 - Verrücktheit nimmt zu. Der kritische Impuls beim Themaging verloren, es wird wieder mehr medikamentiert. Man ist selbst verantwortlich (Schuld), zuständig für die eigenen inneren Landschaften. Das Individuum ist keine überlebensfähige Einheit, erweiterte Sustainenzmöglichkeiten müssen geschaffen und auf der Alltagsebene Möglichkeiten erweitern. Empowerment + Partizipation. Im Augenblick liegt das quer zu allem, was im Rahmen der Gesundheitspolitik und Gesundheitspflege läuft. Wie kommt es zu mehr Selbsthilfe? Wie lässt sich eine fördernde Infrastruktur hierzu (bis hinein in die Stadtteile) schaffen?
Die Gesundheitsakademie veranstaltet immer eine Sommerakademie (2009 im Juni in Magdeburg), Publikationsreihe im Verlag Dr. Mabuse, Aufruf zur Mitwirkung beim Netzwerk GIA (Gesundheitsförderung im Alltag für ALLE)
www.gesundheits.de
- Masterstudiengang Gemeinwesenentwicklung und Soziale Ökonomie (Marga Mitterhuber)
- Verfolgte im Nationalsozialismus (Anne Alex)
AK Marginalisierte gestern und heute suchen Kooperationspartner
Diese Opfergruppe des Nationalsozialismus ist niemals entschädigt worden etc.
- Umsonstladen (Annette Schlemm)
Umsonstladen als praktische Ebene
Kooperation mit der Szene Freie Software, auch um Ansätze anderer gesellschaftlicher Modelle, frei Kulturentwicklung, Wissensallmende etc.
Commonsdebatte
- SPAK-Verlag (Waldemar Schindowski)
Verankerung des Verlags in der AG SPAK, Vorstellung des Verlagsansatzes heute, der aktuellen Publikationen und Aufruf, den Verlag über interessante Themen bzw. Publikationsprojekte zu informieren
- **Wohnprojekt WigWam** (Heinrich Hausmann)
ging aus einem offenen Stammtisch vom Ökozentrum hervor. An Denktagen „Vom Prospekt zum Projekt“. Projektbesichtigung. Bedürfniserkundung um sich ausschließende Dinge gemeinsam zu klären (Stadt – Land, Haus - - Wohngemeinschaft – Nachbarschaft, Kinder – Generationen ...)
Derzeit besteht die Gruppe aus etwa 24 Leute.
CentisMerin: Einkaufsmöglichkeiten, zur Vermeidung von Zinsen, wird Vorkasse gemacht ... Artabana Regionalgruppe zur Gesundheitsversorgung

Büro für soziale Erfindungen Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen zu Abfallberatern, bedienen auch die Tafel mit fast verfallenen Waren. Stellenfinder: Meldung da, wo eine Stelle notwendig erscheint (auch als Kunde), dort eine Meldung lassen, eine selbst behalten und eine geht an das Arbeitsamt. Ggf. dann gemeinsame Finanzierungsmöglichkeiten, -kooperationen entwickeln und den Bedarf/ die Stelle wird eingerichtet.

Samstag Abend

TOP 5: Beitragen statt Tauschen (Christian)

Sonntag bis 12.30 Uhr:

- AG SPAK - E-Koll
Nächst Treffen: 2010 in Niederkaufungen
2009 Einladung nach Könnern (kombiniert mit Verlagstreffen)
oder auf dem Tagungsschiff (historischer Weserkahn) in Bremen/Bremerhafen
- SG-Mitgliederversammlung
Alte Vorstand bestätigt und neu gewählt
Esgibt seit 2008 einen Mitglieder-Newsletter für die Mitglieder, wo eine eMail-Adresse vorliegt > Mitgliederpflege
Mitgliederliste an Marga schicken

Feedbackrunde